

Nr. 73 Juli 2017

www.hastuzeit.de

hastuzeit

die hallische Studierendenschaftszeitschrift



Ins Wasser gefallen



Liebe Leserinnen und Leser,

das Sommersemester neigt sich dem Ende zu, und während sich alle für die Prüfungen (und Ferien) bereitmachen, stechen wir noch einmal mit einer Ausgabe von 40 Seiten in See.

Nachdem wir im letzten Heft bereits zur schwierigen Situation der Japanologie berichtet haben, drohen diesmal Stellen im Bereich Germanistik über die Planke zu gehen. Mehr dazu auf Seite 6. Warum der Stura außerdem ein Anwesenheitsproblem zu haben scheint, könnt Ihr auf Seite 16 nachlesen.

Die Bewältigung der Vergangenheit ist nicht immer einfach. Was die Autorin Doris Liebermann als Oppositionelle in der DDR erlebte und wie mit der jüngeren Vergangenheit heute umgegangen wird, erfahrt Ihr auf Seite 30. In gefährliche Gewässer begeben wir uns außerdem auf

Seite 22, wo wir das schwierige Verhältnis zwischen Halle und Magdeburg exklusiv (und explosiv) unter die Lupe nehmen.

Ins Wasser fallen kann das Studium, wenn man dafür bezahlen muss: Mehr zu Langzeitstudiengebühren in Leipziger Gewässern erfahrt Ihr auf Seite 9. Wir wollen Euch allerdings nicht nur schwere Lesekost vorsetzen – Sommerzeit ist Ausflugszeit. Deshalb haben wir uns im Rahmen unserer Reihe zum MDV-Ticket auf den Weg nach Delitzsch gemacht. Sachsen ist zwar nicht die Karibik, eine Insel haben wir auf Seite 26 aber trotzdem gefunden.

Viel Vergnügen beim Lesen dieses Heftes und immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel wünschen Euch

Johanna und Paul

Impressum

hastuzeit, die hallische Studierendenschaftszeitschrift, wird herausgegeben von der Studierendenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und erscheint in der Regel dreimal im Semester während der Vorlesungszeit.

Chefredaktion: Johanna Sommer (verantwortlich), Paul Thiemicke

Redaktion: Konrad Dieterich, Paula Götze, Nataliya Gryniva, Anne Jüngling, Katja Elena Karras, Alexander Kullick

Freie Mitarbeit: Gregor Borkowski, Caroline Bünning, Silvia Claus, Rewert Hoffer, Sascha Kodytek, Henrik Merker, Sophie Ritter, Marie-Thérèse Roux, Vinzenz Schindler, Esna Schirle

Layout: Konrad Dieterich, Anne Jüngling, Katja Elena Karras, Sophie Ritter, Vinzenz Schindler

Titelbild: Katja Elena Karras

Lektorat: Gregor Borkowski, Caroline Bünning, Silvia Claus, Paula Götze, Katja Elena Karras, Alexander Kullick, Sophie Richter, Vinzenz Schindler, Esna Schirle, Johanna Sommer

Anschrift: *hastuzeit*, c/o Studierendenrat der Martin-Luther-Universität, Universitätsplatz 7, 06108 Halle

E-Mail: redaktion@hastuzeit.de

Website: www.hastuzeit.de

Redaktionsschluss: 14.06.2017

Druck: Druckerei H. Berthold, Äußere Hordorfer Straße 1, 06114 Halle

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf Recyclingpapier.

Auflage: 4000 Stück

hastuzeit versteht sich als Mitmachmedium. Über Leserbriefe, Anregungen und Beiträge freuen wir uns sehr. Bei Leserbriefen behalten wir uns sinnwahrende Kürzungen vor. Anonyme Einsendungen werden nicht ernst genommen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt *hastuzeit* keine Haftung.

Neue Mitglieder sind der Redaktion herzlich willkommen. Sitzungen finden in der Regel mittwochs um 19.00 Uhr im Stura-Gebäude statt, außer in der vorlesungsfreien Zeit (Anschrift siehe oben) und sind öffentlich.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1.5.2013.

Einige entsprechend gekennzeichnete Fotos stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz. Erläuterungen und Vertragstexte zu den Lizenzen unter <http://creativecommons.org/licenses/>

Inhaltsverzeichnis



StuRa aktuell – Die Seiten des Studierendenrats der MLU 4

hastuUni



Von sinkenden Schiffen ... – Personalsituation der Germanistik..... 6

Langsames Studieren kostet Geld – Studiengebühren in Leipzig..... 9

Wie sieht es an der MLU aus? – Studiengebühren in Halle..... 11

Freie Fahrt für Campus-Maut – Studiengebühren in Heidelberg 12

Neue Farben braucht das Land – Medialer Wahlkampf 14

Anwesenheitsproblem im Stura? – Die Fortsetzung..... 16

hastuInteresse



Hallische Köpfe – Agrarwissenschaftler Julius Kühn..... 18

In Abneigung geeint – Halle vs. Magdeburg..... 22

hastuPause



Insel der Ruhe – Die MDV-Ticket-Serie geht weiter 26

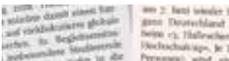
Doppelte Vergangenheit – DDR-Oppositionelle Doris Liebermann 30

Das Wort zum Wort – Wie geht es dir? 33

Leben spenden – Stammzellen-, Blut- und Blutplasmaspende..... 34

Der gehobene Zeigefinger – Einsame Vorurteile 36

Pinnwand – Vermischte Meldungen und Termine..... 38





StuRa aktuell

Für den Inhalt ist der Studierendenrat der
Martin-Luther-Universität verantwortlich.

Serviceleistungen

Technikleihe (Musikanlage, Beamer, ...)

BAföG-, Rechts- und Sozialberatung

Kinderinsel

Gutschein für Verbraucherzentrale: www.stura.uni-halle.de/service/verbraucherzentrale/

Öffnungszeiten

Mo 13.00 bis 18.00 Uhr

Di 13.00 bis 18.00 Uhr

Do 13.00 bis 18.00 Uhr

Feste Termine

BAföG-, Rechts- und Sozialberatung jeden Donnerstag von 14.00 bis 16.00 Uhr (in der vorlesungsfreien Zeit meist jeden 2. Donnerstag)

Anmeldung unter www.stura.uni-halle.de/service

Studierendenrat

MLU Halle

Universitätsplatz 7

06099 Halle

Tel. 0345 552 14 11

Fax. 0345 552 70 86

stura@uni-halle.de

www.stura.uni-halle.de

www.facebook.com/sturahalle

[sturahalle](http://www.facebook.com/sturahalle)

Information in English

www.facebook.com/sturahallereferatinternationales

Das erste Campusfest an der MLU

Es ist vollbracht! Nach zwei Jahren mit zahlreichen Arbeitstreffen, schwierigen Verhandlungen und intensiven Diskussionen war es nun endlich so weit: Wir haben unser erstes Campusfest in Halle gefeiert – und zwar gemeinsam mit Euch. In drei Seminarräumen, auf zwei Bühnen, im Café Einstein, der Heidemensa und natürlich auf den Außenanlagen haben wir den Heide-Campus an zwei Tagen zum Beben gebracht. Nach so viel Vorbereitung und Organisation wird es Zeit Resümee zu ziehen:

Tag 1 – 14.6.2017

Ab 16.00 Uhr waren wir auf dem Gelände des Heide-Campus, um die finalen Vorbereitungen für das Festival zu treffen, denn bereits in einer Stunde sollten sich die Tore öffnen. Das Wetter war auf jeden Fall schon mal auf unserer Seite. Bei strahlend blauem Himmel und sommerlichen 23°C waren wir frohen Mutes, dass es für alle ein grandioser Start in unsere Veranstaltung sein würde.



Bereits ab 17.00 Uhr waren auch schon die ersten sportbegeisterten Studis da, um am Power-Yoga-Workshop auf der Festivalwiese teilzunehmen. Ausgewippt von der sportlichen Betätigung haben viele die Chance genutzt und es sich gleich im Grünen gemütlich gemacht. Viele haben sich aber auch bei uns in der Mensa eingefunden. Neben dem StuRa-Stand konnten die Interessierten dort auch den Workshop von Vegan in Halle, den Stand des Fachschaffrates der Philosophischen Fakultät I und das vielfältige Kreativkurs-Angebot des Studentenwerkes nutzen.

Im Allgemeinen verlief der Nachmittag jedoch verhältnismäßig ruhig, da wahrscheinlich auch viele noch gemütlich auf der Peißnitz saßen, um zu grillen. Jedoch spätestens zum ersten Auftritt auf der Hauptbühne von „Kids of Adelaide“ haben noch einige Feierwütige ihren Weg aufs Festivalgelände gefunden. Doch nicht nur das Publikum schien sichtlich Spaß mit den vom StuRa verteilten Seifenblasen und natürlich der Musik der beiden jungen Künstler zu haben, sondern auch die Musiker selbst. Denn als kleine Zugabe haben sich die beiden ins Publikum gewagt und sich von den Zuhörer*innen mit einem akustischen Song verabschiedet. Mit dem Sonnenuntergang auf dem Heide-Campus durften wir dann auch die zweite Band „Meute“ auf unserer Frontstage begrüßen. Die Marching-Techno-Band sorgte bei allen für gute Laune und eine ausgelassene Stimmung, denn auch sie haben ihren Weg irgendwann in die Mitte des Publikums gefunden, um mit uns Party zu machen.



Das große Finale des ersten Tages war die Post-Hardcore-Band aus unserer Unistadt – „Annisokay“. Wer bisher noch gemütlich herumsaß, musste spätestens jetzt auch aufspringen und mittanzen.

Diejenigen, die nach all den Konzerten noch Kraft übrig hatten, verteilten sich auf unsere Dancefloors, auf denen unter anderem auch das DJ-Duo aus Halle „Monkey Safari“ aufgelegt hat, um bis in die Morgenstunden zu tanzen.

Tag 2 – 15.6.2017

Wettertechnisch konnte der zweite Tag leider nicht so sehr überzeugen wie der erste – doch dazu später mehr. Ähnlich wie am ersten Tag gestaltete sich der frühe Nachmittag eher ruhig. Hier und dort haben einige Studis den Klängen der „Chorespondenten“ gelauscht oder aber am Improtheater-Workshop unseres Arbeitskreises Kultur teilgenommen. Auch die Kreativkurse des Studentenwerks waren wieder gut besucht, sodass die Zeit bis zum ersten Konzert von „Kytes“ doch relativ schnell herumging.

Dann war es endlich so weit: „Kytes“ haben den Konzertabend/-nachmittag phänomenal eröffnet. Die äußerst tanzbaren Indie-Klänge der Münchner konnten die Anwesenden nicht auf ihren Sitzen halten. Bereits zu dieser noch frühen Stunde konnte man viele Zuhörer*innen vor der Bühne tanzen sehen.



Je später der Abend, desto lustiger – das haben uns „Audio88 & Yassin“ bewiesen. Trotz des zunehmend schlechten Wetters habt Ihr Euch nicht vom Feiern abbringen lassen. Gleich beim ersten Song „Halleluja“ konnte man erkennen, wo die Reise hingehen soll – die Arme waren in der Luft, der Gesang aus dem Publikum laut und die Stimmung großartig.

Leider hat uns zum Ende des Konzertes das Wetter einen Strich durch die Rechnung gemacht, denn es begann zu regnen und zu stürmen. Zur Sicherheit der Technik und natürlich auch der Besucher*innen mussten wir eine halbstündige Pause einlegen, bevor wir mit „Symbiz“ das Konzertprogramm zu einem erfolgreichen Ende bringen konnten.

Natürlich haben die Partywütigen unter Euch noch bis in die frühen Morgenstunden mit den

Jungs von „Blade & Beard“ u. a. durchgefeiert.

Was bleibt zusammenfassend noch zu sagen? Wir haben uns über jede*n von Euch gefreut, der/die seinen/ihren Weg zu unserem ersten Campusfest gefunden hat. Wir würden uns wünschen, dass im nächsten Jahr noch mehr von Euch ihren Weg zu uns finden, sodass wir unser Festival in den kommenden Jahren noch weiter wachsen lassen und es noch besser für Euch ausgestalten können.

Falls Ihr noch Anregungen für uns habt, was wir im nächsten Jahr verbessern können, schreibt uns einfach eine E-Mail an feedback@stura.uni-halle.de. Wir freuen uns über zahlreiche Zusendungen von Euch und sind schon gespannt auf das nächste Jahr.

Fotos: Martin Lohmann

Neue Referentin für Äußere Hochschulpolitik

Seit Mai informiert uns ein neues Gesicht über die aktuellen Ereignisse in der Hochschul- und Bildungspolitik. Ab sofort wird sich Dörte Jacobi um das Referat für Äußere Hochschulpolitik kümmern. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und schauen gespannt auf das neue hochschulpolitische Jahr.

Wir danken Friederike Schröer für ihre Arbeit in den letzten Jahren und wünschen ihr alles erdenklich Gute für die Zukunft.

Unsere Beratungen in der vorlesungsfreien Zeit

Wie jedes Jahr ändert sich der Turnus unseres Beratungsangebotes während der vorlesungsfreien Zeit. Die letzten regulären BAföG-, Rechts-, Sozial-, Nebenjob-Beratungen finden am Donnerstag, den 13.7.2017 statt.

Beratungstermine in der Semesterpause könnt Ihr auf unserer Website unter www.stura.uni-halle.de/service nachlesen und Euch den passenden Termin herausuchen.



Von sinkenden Schiffen und überraschenden Wendungen

Protest mit rascher Wirkung: Einige Studierende wurden am 31. Mai zur Personalsitzung der MLU gebeten, während sie gegen die Personalsituation am Germanistischen Institut protestierten. Ein Bericht über ausweglos erscheinende Situationen, Schuldzuweisungen und einen beleidigten Kanzler.



Der Fachschaftsrat der Neuphilologen und die IG Germanistik hatten über Facebook zum »Protest gegen die Personalsituation am Germanistischen Institut« aufgerufen, und auch der Stura veröffentlichte den Appell »Für eine gute Lehre! Solidarität mit den Germanist*innen!«. Anlass des Protests war das Ablaufen der befristeten Arbeitsverträge einiger Lehrkräfte des Germanistischen Instituts, was zu essenziellen Problemen bei der Lehre in den jeweiligen Bereichen führen könnte. Man protestierte aber auch ganz allgemein gegen die vielen Kürzungen, welche die Lehre an einigen Universitäten bedrohen.

Gegen 9.30 Uhr versammelten sich einige Studierende mit Plakaten und Trillerpfeifen vor und im Löwengebäude und begrüßten so die Besucher der Personalversammlung, welche um 10 beginnen sollte. Bei der halbjährlich stattfindenden Personalversammlung wird über aktuelle Belange der Beschäftigten diskutiert. Alle Beschäftigten der MLU können teilnehmen und Anträge an den Personalrat stellen, der ihre Interessen vertritt. Auf der Tagesordnung der Versammlung vom 31. Mai standen unter anderem die Punkte: »Stellenabbau 2017/2018« und die »Zukunft der Lehramtsausbildung«. Diesmal waren neben Angestellten und Personalrat auch einige Vertreter der Universitätsleitung anwesend, wie der Rektor Prof. Dr. Udo Sträter (wenn auch verspätet), Kanzler Markus Leber und Dekan Prof. Dr. Georg Maas.

Gegen 10 Uhr kam der Vorsitzende des Personalrates, Bertolt Marquardt, auf die im Foyer versammelten Studierenden zu und lud sie in die Aula des Löwengebäudes ein, in der die Personalsitzung stattfand. Eigentlich sind Studierende, bis auf studentische Hilfskräfte, nicht auf diesen Versammlungen

zugelassen, doch der Vorsitzende stellte den Antrag für eine einmalige Ausnahmeregelung. Nachdem nahezu alle Stimmberechtigten dafür gestimmt hatten, dass die doch recht beträchtliche Anzahl an anwesenden Studierenden bleiben durfte, gab es viel Applaus. Auch wenn sie kein Rederecht hatten, konnten die Protestierenden so zumindest den Tagesordnungspunkten zur Zukunft der Lehramtsausbildung und zum Stellenabbau, die extra vorgezogen wurden, beiwohnen. So saßen und standen sie hinten und am Rand der vollen Aula und folgten, soweit es die Akustik des Raumes zuließ, den Diskussionen. Die Beschäftigten saßen bei der Rednerpult, vorne stand ein Rednerpult.

Der Vorsitzende des Personalrates eröffnete die Sitzung. Mithilfe einer PowerPoint-Präsentation stellte er die Situation der Lehrerausbildung und des Germanistischen Instituts wie folgt dar: Um den Lehrerbedarf zu decken, müssten mehr Lehrer ausgebildet werden, als es gerade an der MLU möglich ist. Dazu wäre es nötig mehr Lehrkräfte einzustellen; jedoch ist momentan das Gegenteil der Fall. »Die Absicherung des personellen Bedarfs erfolgt laut Rektorat bisher über Hochschulpaktmittel und somit eine befristete Beschäftigung von Lehrkräften für besondere Aufgaben«, heißt es in der Präsentation. Am Germanistischen Institut laufen im Frühjahr 2018 die befristeten Verträge von zwei Lehrkräften aus und werden voraussichtlich nicht verlängert, was den Protest der Studierenden auslöste. »Wenn die Stellen nicht besetzt werden können, fehlen im Lehrdeputat 32 SWS, das Lehrangebot würde zusammenbrechen«, schlussfolgert Marquardt.

Da der Rektor noch nicht anwesend war, meldete sich daraufhin stellvertretend Prof. Dr. Wolf Zimmermann (Prorektor für Studium und Lehre) zu Wort. Er merkte an, dass die Lehrerausbildung nicht nur Sache der Uni, sondern auch des



Am Pult: Bertolt Marquardt, Vorsitzender des Personalrates (links), und Prof. Dr. Wolf Zimmermann, Prorektor für Studium und Lehre

Landes sei. Immerhin müssten genügend Referendariatsplätze zur Verfügung gestellt werden. Allerdings löse es nicht die langfristigen Probleme, wenn sie mehr Leute aufnahmen, da es trotzdem noch zu wenig wären, um den Bedarf an Lehrkräften zu decken. »Und darum lieber weniger aufnehmen?«, sagte einer der Studenten fassungslos.

Kanzler Markus Leber meinte, es sei nur eine Notlösung, einige befristete Verträge nicht zu verlängern. Das Problem sei ihnen schon lange bewusst und betreffe nicht nur die Lehrkräfte, wegen denen heute demonstriert werde. Er ließ vermuten, dass das eigentliche Problem struktureller Art und viel tiefgreifender sei, als es auf den ersten Blick scheine. Der Dekan Prof. Dr. Georg Maas stimmte Leber zu und erzählte, dass man schon lange an einer Lösung arbeite. Zusätzlich kritisierte er die Studierenden, weil sie sich nicht schon früher dafür interessiert hätten.

Im Laufe der Diskussionen kamen zweimal Studentinnen vom Fachschaftsrat der Neuphilologen zu Wort. Die Germanistikstudentin Steffi Klein fasste noch einmal etwas emotionaler die Probleme ihres Instituts zusammen und formulierte stellvertretend für die Studierenden Fragen. Etwas später kri-

tisierte eine Kommilitonin die mangelnde Weitergabe von Informationen. Sie meinte, man müsse den betroffenen Studierenden und Studienbewerbern mitteilen, wenn ihr Fach an der MLU »ein sinkendes Schiff« sei.

Daraufhin meldete sich wieder der Vorsitzende der Personalversammlung zu Wort und schlug eine Gesprächsrunde zwischen Studierenden des Fachschaftsrates der Neuphilologen und den anwesenden Vertretern der Universitätsleitung Maas, Leber und Zimmermann vor. Dieser Vorschlag schien allgemeine Zustimmung hervorzurufen. Die Stimmung wendete sich jedoch, als Markus Leber offensichtlich beleidigt meinte, er habe diese Idee schon früher im Gespräch mit einigen Studierenden geäußert und man habe ihm nun die Möglichkeit genommen, sie selbst einzubringen. Als der Kanzler darauf den Raum verließ, reagierten viele Zuhörer mit einem bemitleidenden, synchronen »Oooooohhh«.

Gegen Ende der Diskussionen um die Lehramtsausbildung rief Alexander Pistorius, Pressesprecher der GEW Sachsen-Anhalt, dazu auf, sich nicht gegenseitig die Schuld zuzuschreiben, sondern gemeinsam die Landesregierung dazu anzuhalten, aktiv zu werden. Allerdings meinte er, man solle Allianzen mit anderen Hochschulen bilden, da das Ganze ja nicht nur Problem der MLU sei.

Als Ergebnis stellte ein Mitglied des Personalrates schließlich den Antrag an die Personalversammlung, das Rektorat darum zu bitten, ein Anstellungskonzept zu erarbeiten. Er ergänzte noch, dass sie zu mehr als Bitten leider nicht befugt seien.

Text und Fotos: Paula Götze

- Interview mit zwei Mitgliedern des Fachschaftsrats der Neuphilologen: <http://radiocorax.de/proteste-gegen-den-personalabbau-an-der-mlu/>



Langsames Studieren kostet Geld

Die Universität Leipzig plant Gebühren für Langzeit- und Zweitstudium



Studenten demonstrieren im Rektorat der Uni Leipzig

Die mit rotem Teppich überspannten altherwürdigen Stufen des Rektorats der Uni Leipzig boten zur letzten Senatssitzung am 16. Mai Trillerpfeifenkonzerten und gebrüllten Sprechchören eine Bühne. Die Senatorinnen und Senatoren zogen unter dem lautstarken Protest vieler Studierender zur monatlichen Sitzung ein, wo sich »die Gefühlswelten normalerweise zwischen gelangweilt und leicht erregt bewegen«, wie es der studentische Senator Maximilian König ausdrückte. Zu Beginn der letzten Sitzung kam es zu Zwischenrufen und Störungen von Seiten der Protestierenden. Die Demonstration wurde vom Bündnis »Lernfabriken ... meutern« organisiert, das sich unter anderem zum Ziel gesetzt hat, gegen »die von Leistungsdruck geprägte Situation für Studierende« zu kämpfen.

Grund für den Widerstand war ein Tagesordnungspunkt der Sitzung: die Einführung einer Gebührenordnung an der Universität Leipzig. Es geht um die Erhebung von Langzeit- und Zweitstudiengebühren. Der Senat muss die einheitliche Gebührenordnung aufgrund einer Gesetzesvorgabe der Landesregierung durchsetzen. Dabei geht es einmal um eine Gebühr von 500 Euro pro Semester für ein Langzeitstudium (mehr als 4 Semester über der Regelstudienzeit) und 350 Euro pro Semester für ein Zweitstudium.

»Wir können absehen, wie viele das trifft, das sind im Moment sehr wenige, nämlich genau vier Studierende.«, betont die Kanzlerin der Universität, Birgit Dräger. Auch Maximilian König nennt die Langzeitstudiengebühren eine »Nicht-Maßnahme«, da es so wenige Menschen betreffen würde.

Beim Zweitstudium müssen in Zukunft jene Studierenden zahlen, die einen zweiten Bachelor- oder Masterabschluss anstreben. Allerdings gibt es hier einen Puffer von sechs Semestern, bevor die Gebühren fällig werden. Wenn eine Studentin beispielsweise einen Bachelor-Abschluss in Regelstudienzeit macht, anschließend einen Master in fünf Semestern und einen zweiten Master in ebenfalls fünf Semestern abschließt, würde sie keine Gebühren zahlen müssen, wie es Kanzlerin Dräger erklärt. Da diese hypothetische Studentin

genau sechs Semester über der Regelstudienzeit für Bachelor und Master liegt, muss sie gerade eben noch nichts bezahlen.

Auf der Senatssitzung selbst wurde das Thema äußerst emotional, lautstark und zum Teil polemisch besprochen. Am Ende wurde aufgrund des Protestes der Beschluss auf die nächste Sitzung vertagt. Oft ging es statt um die verhandelten Studiengebühren um generelle Studiengebühren, also Zahlungen zur Aufnahme eines Studiums. Allerdings auch nicht zu Unrecht, wie der studentische Senator Carl Bauer meint: »Zurzeit gibt es keine allgemeinen Studiengebühren in Sachsen, aber die Gebühren könnten ein Brückenkopf in Richtung Einführung allgemeiner Studiengebühren sein.«

Zwischen Bauer und dem Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie, Roger Berger, kam es während der Senatssitzung zu einem heftigen Streit, woraufhin Berger die Sitzung wutentbrannt verließ. Grund dafür war, dass Berger eine soziologische Studie zitierte, die aufzeigt, dass die Studierneigung durch Gebühren nicht beeinflusst wird. Obwohl Berger von allen Beteiligten als zentraler Fürsprecher der neuen Gebührenordnung gesehen wurde, weist er das von sich: »Es ist schlichtweg falsch, dass die Studierneigung bei nichtakademischen Schichten bei der Einführung von Studiengebühren in der Höhe, wie sie von uns besprochen wurden, abnimmt. Das ist ein Argument, das wissenschaftlich belegt werden kann.« Berger warf den Gegnern der Gebühren vor, »ihr ideologisches Süppchen auf Kosten der Allgemeinheit zu kochen«. Bauer entgegnet darauf: »Die Menschen, die diesen Vorwurf äußern, ziehen sich auf das Feld des Unpolitischen zurück. Das lasse ich nicht gelten, die Auseinandersetzung um Studiengebühren ist immer eine politische.«

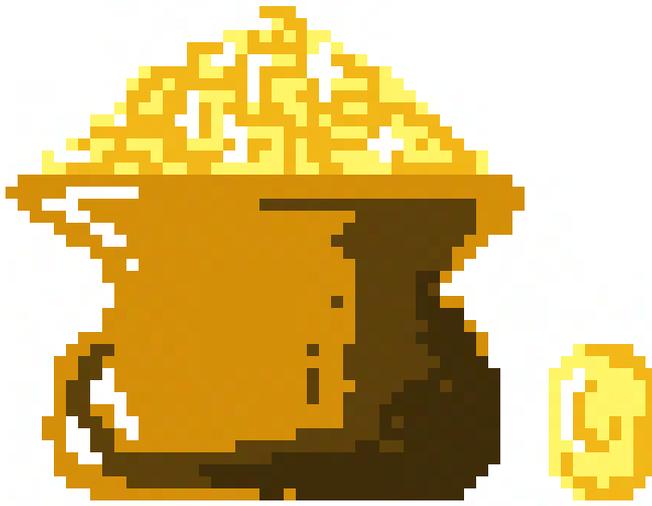
Der Dekan und auch die Kanzlerin befanden die Störungen der Senatssitzung aus zwei Gründen als unangemessen. Der Senat habe erstens keine Entscheidungsgewalt, er müsse also die Vorgaben der Landesregierung umsetzen und zweitens seien die Maßnahmen so belanglos, dass sich der Protest nicht lohne. Beide sehen die jetzt festzulegenden Gebühren als nicht sehr hoch an, Dräger nennt die 500 Euro für ein Langzeitstudium »behutsam« und Berger entgegnete auf die Frage nach seiner persönlichen Meinung zu den neuen Studienkosten: »Tatsächlich sind mir die Gebühren, in der Form wie sie besprochen wurden, aufgrund ihrer Geringfügigkeit ziemlich egal. Es passiert sowieso quasi nichts.« In der nächsten Senatssitzung wird die Gebührenordnung wieder das zentrale Thema sein, ein noch größerer Protest Leipziger Studierender hat sich bereits angekündigt.

Text: Rewert Hoffer

Fotos: »Lernfabriken ... meutern«

- Dieser Artikel erschien in der Leipziger Hochschulzeitung »student!«, Nr 129, Juni 2017 www.student-leipzig.de





Wie sieht es an der MLU aus?

Während in Leipzig noch debattiert wird, müssen in der Saalestadt bereits seit dem Wintersemester 2005/2006 Langzeitstudierende draufzahlen: 500 Euro pro Semester. Damit beugte sich die MLU den Änderungen des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom Mai 2004. Der Akademische Senat legte im April 2005 dafür mit seiner Entscheidung zur Verabschiedung der Ordnung zu Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung die Grundlage.

Als Langzeitstudierender gilt, wer mehr als vier Semester über der Regelstudienzeit liegt; ein Bachelorstudent müsste beispielsweise ab dem 11. Semester den Betrag überweisen, hierbei ist Ratenzahlung möglich. Aktuelle Zahlen über die Lage an der MLU liegen für das Sommersemester 2016 und das Wintersemester 2016/17 vor: 2066 beziehungsweise 2170 Studierende waren von dieser Regelung betroffen, davon mussten jedoch nicht alle die Langzeitstudiengebühren bezahlen. So gibt es nämlich bestimmte Wege, diese zu umgehen – wenn man zum Beispiel unter Belastung steht als LeistungsathletIn im A- oder B-Kader, ein national oder international herausragender NachwuchsmusikerIn oder TrägerIn eines nationalen oder internationalen Kunstpreises ist, wird man von den Langzeitstudiengebühren befreit. Dies gilt auch, wenn das Studium aufgrund der Folgen als Opfer einer Straftat, den Auswirkungen einer Behinderung oder schweren Erkrankung nicht in Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann. Günstig wirkt sich der Erhalt von BAföG oder Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz aus, ebenso der

Umstand, Eltern zu sein oder bei den Eltern zu wohnen; hierbei gibt es aber bestimmte Einschränkungen. Mildernd im Sinne einer Befreiung wirkt es sich auch aus, wenn man ein Semester seines Studiums damit zugebracht hat, eine Sprache zu lernen, die Voraussetzung für das Studium war. Wenn man im elften Semester studiert, aber in der Lage ist, bis zum 31. Oktober sein Studium komplett zu beenden, erhält man sein Geld zumindest wieder. Sollte dies alles nicht helfen, gibt es immer noch die Möglichkeit, Urlaubssemester zu beantragen.

Auch ein Zweitstudium will finanziert werden: Seit dem Wintersemester 2006/2007 müssen außerdem Zweitstudiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester bezahlt werden. Auch hier ist Ratenzahlung eine Option. Um dies zu umgehen, sollte man das erste Studium in der DDR oder im Ausland abgeschlossen haben und über keinen weiteren (bundesdeutschen) Abschluss verfügen. Wird ein Beruf angestrebt, der nur aufgrund zweier abgeschlossener Studiengänge ausgeübt werden darf, oder sollte das Praktizieren des mit dem Erststudium angestrebten Berufes infolge einer Schwerbehinderung oder erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht in sinnvoller Weise möglich sein, wirkt sich dies ebenfalls dahingehend aus, dass man von den Gebühren befreit wird. Andernfalls gilt auch hier eine Beurlaubung als hilfreich.

Text: Sophie Ritter

Illustration: Katja Elena Karras

- Wer betroffen ist, findet weitere Infos unter <http://zweitst.verwaltung.uni-halle.de/> und <http://langzeitst.verwaltung.uni-halle.de/>



Für eine freie Bildung: Heidelberger Studierende haben in den vergangenen Monaten wiederholt gegen die Gebührenpläne protestiert. Hier am 21.12.2016.

Freie Fahrt für Campus-Maut

Trotz massiver Proteste hat der Landtag in Baden-Württemberg die Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer sowie Zweitstudiengänge beschlossen.

Rund 230 Studierende hatten noch am 15. April in der Heidelberger Innenstadt gegen das umstrittene Gesetz von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer demonstriert, nun ist es trotz aller Kritik beschlossene Sache: Ab dem Wintersemester 2017/18 wird an den Hochschulen Baden-Württembergs die so genannte »Campus-Maut« gelten.

Diese sieht für Nicht-EU-Ausländer eine Gebühr von 1500 Euro pro Semester sowie bei allen Studierenden für die Aufnahme eines Zweitstudiums von 650 Euro vor. Die knapp 20 000 internationalen Studierenden, die bereits jetzt in Baden-Württemberg studieren, sollen hierbei nicht betroffen sein. Finanziell benachteiligten Neubewerbern soll zudem durch Stipendien und Ausnahmeregelungen ein Studium weiterhin ermöglicht werden.

Als Rechtfertigung für die Regelung, welche bundesweit bisher einen Einzelfall darstellt, geben Befürworter eine international übliche Praxis von Studiengebühren sowie deren Beitrag zu einer besseren Finanzierung der Universitäten an.

Das Geld soll das Loch im Landeshaushalt stopfen

Hier setzt jedoch bereits der erste Kritikpunkt an: Von den insgesamt 35 Millionen Euro, die jährlich durch die Gebühren eingenommen werden sollen,

werden voraussichtlich nur 7 Millionen an die Hochschulen fließen – ein Hauptaugenmerk liegt also offensichtlich vor allem auf einer Stärkung des Haushaltes. Auch Experten aus dem Bereich der Entwicklungspolitik schlagen Alarm. Wie unter anderem Professor Regina Birner, Leiterin des Lehrstuhls für sozialen und institutionellen Wandel in der landwirtschaftlichen Entwicklung an der Universität Hohenheim betont, gefährde die Regelung die für Entwicklungsländer wichtige Ausbildung von qualifizierten Fachkräften und führe somit zu sozialer Diskriminierung. Die in dem Gesetz formulierten Ausnahmeregelungen umfassen laut des Dachverbandes Entwicklungspolitik Baden-Württemberg hierbei zudem nur sehr wenige der betroffenen Studierenden.

Und tatsächlich scheinen sich bereits jetzt erste Folgen bemerkbar zu machen: Laut des World University Service (WUS) haben sich zum Sommersemester 2017 43 Prozent weniger internationale Studierende aus Drittstaaten an Universitäten in Baden-Württemberg eingeschrieben und seien stattdessen vermehrt auf Universitäten in anderen Bundesländern ausgewichen. Dieser Rückgang sei auch für das Bundesland selbst auf Dauer negativ und brächte »erhebliche Nachteile für den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg« mit sich, so Dr. Kambiz Ghawami, Vorsitzender des WUS. Auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft schließt sich der Kritik an und bewertet die Gebühren aus politischer Sicht »in Zeiten des aufkeimenden Rechtspopulismus« als fragwürdig, heißt es in einer Erklärung.

Rektor Eitel plädiert für die Einführung einer allgemeinen Studiengebühr

Ganz anders beurteilen dies die Rektoren der Hochschulen, unter ihnen der Rektor der Universität Heidelberg, Bernhard Eitel. Dieser sieht Baden-Württemberg mit dem neuen Gesetz

in einer Vorreiterrolle für den Rest Deutschlands und würde die Gebühren am liebsten noch weiter fassen: So plädiert Eitel auf langfristige Sicht für eine Wiedereinführung der allgemeinen Studiengebühren für alle Studierenden. Diese waren erst 2012 unter der grünen Landesregierung abgeschafft worden. Das geschah damals mit der Begründung, man wolle künftig einen »fairen Hochschulzugang ohne finanzielle Hürden« für alle schaffen. Dass nicht nur Studierende diese neue Regelung eher weniger »fair« finden, wird auch durch eine Online-Petition deutlich, in der sich Anfang Mai rund 15 000 Unterzeichner gegen das Gesetz aussprachen. Im Hinblick auf die Gebühren für Nicht-EU-Ausländer, aber auch auf eine eventuell drohende Rückkehr zur allgemeinen Studiengebühr, ist also auch zukünftig von verschiedenen Seiten Kritik und Widerstand zu erwarten.

Text: Marie-Thérèse Roux

Foto: Philip Hiller

- Dieser Artikel erschien in der Heidelberger Studentenzeitung »ruprecht«, Nr 167, Mai 2017 www.ruprecht.de

Chronik Campus-Maut

- **Januar 2005:** Bundesverfassungsgericht kippt Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz
- **Dezember 2005:** Baden-Württemberg beschließt allgemeine Studiengebühren, Studierende zahlen ab Sommer 2007 500 Euro pro Semester
- **2006–2008:** Proteste und Boykott-Versuche der Studierenden
- **März 2011:** Grün-Rot kündigt nach Wahlsieg Abschaffung der Studiengebühren an
- **Dezember 2011:** Landtag beschließt das Ende der Studiengebühren
- **2013:** Bei den Grünen kommt erstmals Debatte um Campus-Maut für Ausländer auf
- **Oktober 2016:** Theresia Bauer stellt Pläne für neue Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer und Zweitstudiengänge vor
- **Mai 2017:** Landtag verabschiedet neue Campus-Maut

Neue Farben braucht das Land

Jamaika, R2G oder doch Groko? Auf allen Kanälen kämpfen die Kandidaten um Stimmen. Um den medialen Wahlkampf zu durchschauen, lauschte die *hastuzeit* einem Vortrag des Journalisten Markus Decker.

»Zum Regieren brauch ich nur BILD, BamS und Glotze!« grummelte Gerhard Schröder einst. Dass der Umgang mit den Medien zur Wiederwahl oft wichtiger ist als die eigentliche Politik, hatte er gut erkannt und sich zu Nutze gemacht. 1998 schaffte er es als erster, rot-grüner Regierungschef zu werden. 2002 wurde er nach einer herausragenden Inszenierung als Krisenkanzler beim Elbe-Hochwasser wiedergewählt. Die Rolle der Medien hat seither weiter an Bedeutung für die Politik gewonnen. Ohne sie zu regieren scheint schier unmöglich; die Parteien versuchen sich darauf einzustellen.

Wie verändert sich der Parteienwettbewerb im digitalen Zeitalter? Im Rahmen der »Ringvorlesung zur Bundestagswahl« versucht Markus Decker den Zuhörern das komplexe Thema näherzubringen. Man merkt ihm an, dass er beruflich nicht aus dem Wissenschaftsbetrieb kommt, er ist Journalist. Bei der DuMont-Verlagsgruppe arbeitet er als



Hauptstadtkorrespondent für verschiedene Blätter, unter anderem für die »Mitteldeutsche Zeitung«. Decker redet deutlich, überzeugend und vor allem ohne unnötige Fremdwörter, sodass auch Nicht-Politikwissenschaftler dem Vortrag gut folgen können, selbst wenn davon sicherlich nicht so viele anwesend sind.

»Inhaltlich hat sich in den letzten Jahren in den Wahlkämpfen nicht viel geändert«, betont Decker zu Beginn des Vortrages, »Innenpolitik und Renten sind damals wie heute zentrale Themen.« Ersteres ist ein klassisches CDU-Thema, letzteres gehört zum Standardrepertoire der SPD. Beide ziehen mit ihrem Thema alle vier Jahre in den Wahlkampf und mindestens eine von ihnen ist anschließend an der Regierung beteiligt. Beides Parteien mit einer Wählerschaft im hohen Alter, auch darin sieht Decker ein Problem: »Der Anteil der älteren Wähler ist einfach deutlich höher als der von jüngeren Leuten, wie Studierenden beispielsweise. Deren Schwerpunkte werden deshalb weniger in den politischen Prozess eingebunden.« Es zählt nur die Stimmenmaximierung, keine schöne Aussicht für die Mehrheit der Anwesenden.

Journalismus im Eiltempo

Geändert hat sich dennoch einiges in der Politik, vor allem die Parlaments- und Regierungsbildung unterscheidet sich deutlich von früheren Zeiten. Bis in die 1970er Jahre war klar, dass die CDU oder die SPD mit der FDP regieren wird. Mit der Zeit kamen neue Parteien in den Politikbetrieb, die alten blieben auch. Aus diesem Grund prophezeit Decker ein Sieben-Parteien-System nach der Bundestagswahl. »Dies führt zu einer steigenden Komplexität des politischen Tagesgeschäftes«, sagt er. »Der Wettkampf um Aufmerksamkeit wird härter.« Den Wähler kann es freuen: mehr Kandidaten und mehr Wettbewerb bedeuten auch mehr Alternativen.

Gewandelt hat sich jedoch nicht nur die Politik, sondern auch die Medienlandschaft. »Der klassische Journalismus hat seine Gatekeeper-Funktion verloren.« Ein elementarer Satz von Decker. Während Zeitung und Fernsehen an Bedeutung verlieren, nimmt die des Internets zu. Was in der Öffentlichkeit vorkommt, bestimmen nicht mehr allein Bild, BamS und Glotze, inzwischen kann theoretisch jeder dazu beitragen.

Vor diesem Publikum musste er nicht um Aufmerksamkeit kämpfen: Hauptstadtkorrespondent Markus Decker am 31. Mai 2017 bei der Ringvorlesung zur Bundestagswahl

Decker und seine Kollegen müssen zunehmend reagieren, statt selbst die Agenda zu bestimmen.

Wirklich glücklich wirkt er nicht über die Entwicklung, vor allem die Verschärfung des Tempos beklagt er. Manchmal sei mehr Zeit für die Recherche notwendig, das wäre wichtig für ihn, für die Politiker, aber auch für die Bürger. Das große Geld lässt sich mit ausführlichen Nachforschungen in der Regel jedoch nicht machen. Im Zeitalter des Internets gilt: »Reaktionszeit ist Geld!« Wenn der potentielle Leser nicht sofort aufmerksam auf einen Artikel wird, ist er weg. Kein Klick, kein Geld. Ein fünfseitiger Artikel über die Dioxin-Belastung im Essen in der »Zeit« wird sicherlich nicht die Reichweite erlangen wie folgender Aufreißer von Focus Online: »Terrorgefahr? Das Volk wird aus ganz anderem Grund nicht aufs Oktoberfest gehen«. Das Problem der »Boulevardisierung« erwähnt Decker mehrmals an diesem Abend. Auch sich selbst nimmt er nicht aus und sieht sich manchmal gefangen im Zwiespalt zwischen möglichst hoher Aufmerksamkeit und gutem Journalismus. Während der schnelle Klick wichtiger wird, nimmt die Anzahl der Zeitungen hierzulande stark ab. Vor allem Lokalblätter stehen unter Druck. Decker betont, dass eine »mediale Grundversorgung« essentiell sei für eine Demokratie, doch vor allem auf dem Land sähe es nicht gut aus.

Der Feind: Die Presse

Neben den ökonomischen Zwängen durch sinkende Auflagen wird der Journalismus seit einigen Jahren noch aus einer ganz anderen Ecke in Bedrängnis gebracht: Mit dem Schlachtruf »Lügenpresse« diskreditieren Pegida, AfD und Co. eine ganze Branche. So undifferenziert viele Bemerkungen dieser Art auch sein mögen, sie nehmen selbst einen erfahrenen Journalisten wie Decker mit. »Der Vorwurf der Lügenpresse ist sehr schlimm«, meint er dazu. Er redet nun deutlich langsamer,

wägt jedes Wort ab. »Die Feindseligkeit nimmt zu, die Auseinandersetzung mit den Leuten ist schwierig«, fährt er fort. Auch die Zuhörer wollen sich mit derlei Beleidigungen gegenüber den Medien nicht abfinden und appellieren an einen vernünftigen Umgang miteinander. Eine wirkliche Lösung für das Problem hat jedoch keiner der Anwesenden, am Ende herrscht Resignation.

Wenn der 24. September, der Tag der Wahl, näher rückt, wird diese vermutlich wieder geringer werden und die Konflikte zunehmen. Es ist wichtig, jegliche Streitigkeiten auszutragen, ob im Parlament oder im Privaten. Verschiedene Meinungen gehören nun mal zu einer Demokratie dazu, ohne eine richtige Diskussionskultur können diese dem System aber erheblichen Schaden zufügen. Auch wenn Demokratie manchmal anstrengend und langwierig ist, muss man nur mal nach Polen, Ungarn oder in die Türkei schauen, um zu sehen, wie schnell es gehen kann, dass missliebige Stimmen unterdrückt werden. Anschließend kann man froh sein über den liberalen Umgang mit kritischen Standpunkten in Deutschland und vor allem über die große Freiheit der Presse hierzulande.

Text und Fotos: Vinzenz Schindler



Anwesenheitsproblem im Stura? – Die Fortsetzung

Panisches Zählen, angespanntes Lachen, unterdrückte Aufregung: Die Stura-Sitzung am 12. Juni startet alles andere als reibungslos. Für ungefähr zehn Minuten steht nicht einmal fest, ob die Sitzung überhaupt stattfinden kann – für die Beschlussfähigkeit fehlt genau ein Mitglied.



Warten auf Nummer 20: Stura-Sitzung im Hallischen Saal

Hektisch werden die Anwesenden wieder und wieder gezählt und durch den Raum ruft Kai Krause (LHG) von der Sitzungsleitung: »Habt ihr euch auch alle in die Liste eingetragen?« Handys werden gezückt, verzweifelt nicht-anwesenden Mitgliedern hinterhertelefoniert. Anscheinend sind die Abmeldungen zu kurzfristig und nicht gesammelt eingegangen, so dass auch keine Stellvertreter ernannt wurden.

Um 19.08 Uhr kann die Beschlussfähigkeit schließlich unter Aufatmen und vereinzeltem Gelächter festgestellt werden. Das dafür extra herbeorderte Mitglied huscht nach einer Minute wieder

aus dem Saal. Mit 20 beziehungsweise 19 Anwesenden beginnt die Sitzung.

Wie gewöhnlich kommt zuerst Elke Lopens, die Büroleiterin des Sturas, zu Wort, die auf die vierte »Schnack-Lounge« am 20. Juni aufmerksam macht, eine Karrieremesse in ungezwungener Atmosphäre.

Die neu ernannte Referentin für äußere Hochschulpolitik, Dörte Jacobi (Die LISTE), wird weiterhin für ihren ausführlichen Bericht gelobt, den jede(r) ReferentIn erstellen muss. Einen solchen Bericht hat Lukas Wanke (OLLi), der Referent für innere Hochschulpolitik, zwar vorgelegt, allerdings sind die Mitteilungen, die er dem Stura präsentiert, frisch aus dem Kopierer. Von der Sitzungsleitung gibt es dazu prompt eine Rüge: Der Stura sei »kein Lesezirkel« meint Kai, da durch die späte Einreichung alle Mitglieder gezwungen sind, die Texte während der Sitzung zu überfliegen. Lukas gelobt unterdessen Bes-

serung und verspricht »die Texte nächstes Mal eher einzureichen.«

Die Mitteilungen thematisieren zunächst den geplanten Straßenbahn-Bau der Stadt Halle sowie der HAVAG direkt über den Heide-Süd-Campus. Dabei werden vor allem »die Störung des wissenschaftlichen Alltags auf dem Campus« und der »Eingriff in das Gesamtkonzept des Campus« befürchtet. Der öffentliche Nahverkehr sei auf jeden Fall zu fördern, vor allem im Hinblick auf den voranschreitenden Klimawandel. Nichtsdestotrotz schließt sich der Stura mit dieser Mitteilung dem Protest aus den betroffenen Fakultäten an und ist sich sicher, dass die Universität das Gelände nicht freigeben wird.

Auch in diesem Jahr plant der AK Wohnzimmer ein Sommerfest im Innenhof des Sturas, welches wahrscheinlich in der ersten Juliwoche stattfinden wird und zu dem alle Studierenden herzlich eingeladen sind.

Für Erheiterung sorgt der nächste Tagesordnungspunkt, der sich mit der studentischen Besetzung des Auswahlgremiums für das Deutschlandstipendium befasst. Noch in dieser Sitzung sollen vier Mitglieder gefunden werden, die sich dazu bereit erklären würden – ohne den Arbeitsaufwand wirklich einschätzen zu können, was auch bemängelt wird. Gesucht werden jeweils zwei Geistes- und Naturwissenschaftler. Auf die Meldung Kolja Riekes (Die LISTE) herrscht kurz Verwirrung: »Du kannst das nicht machen, du studierst doch Jura«, das sei doch keine Geisteswissenschaft. Auch die Frage, ob man sich dann noch für das Deutschlandstipendium bewerben könne, erntet Gelächter. Es folgt ein nichtöffentlicher Teil, der sich mit der Identitären Bewegung befasst – nähere Informationen sind dazu leider nicht verfügbar.

Im weiteren Verlauf wird ein Finanzantrag des AK Ökologie und Nachhaltigkeit für den Tag der Nachhaltigkeit unterstützt. Dieser soll die Ringvorlesung des Arbeitskreises mit einer Fishbowl-Diskussion abschließen, zu der auch hochrangige Gäste wie der Kanzler der MLU geladen sind.

Für eine kontroverse Debatte sorgt der Antrag der Institutsgruppe Ethnologie, bei dem es um die finanzielle Unterstützung der Zusammenlegung des jährlichen Sommerfestes und der »Ethno-Lounge« der IG geht. Der Antrag erfolgte so kurzfristig, weil der FSR des Institutes zurzeit anscheinend keine Finanzanträge bearbeiten kann. Die Finanzerin Melissa Andes behauptet, dass der StuRa keine Partys unterstützen würde, und kritisiert weiterhin die Beschränkung der Veranstaltung auf Ethnologie-Studierende. Daraufhin erwidern die Vertreter, dass natürlich jeder willkommen sei und gerade die Zusammenlegung und Größe des Events auch Studierende anderer Fachrichtungen ansprechen würde. Lukas argumentiert, dass Ersti-Party und Campus-Fest auch Partys sind, die sogar vom Stura mit organisiert werden würden, zumal die Organisatoren hier offensichtlich in der Klemme stecken würden und auf die Unterstützung angewiesen seien. Bei der Abstimmung wird der Antrag mit zwölf Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen und sechs Nein-Stimmen angenommen.

Trotz des verzögerten Beginns schließt die Sitzung nach weniger als zwei Stunden. Und obwohl viele Projekte unterstützt und damit teilweise erst ermöglicht wurden, bleibt ein scharfer Nachgeschmack zurück. Die Praxis, mit der die Beschlussfähigkeit hergestellt wurde, ist nicht unbedingt vertrauensstiftend. Womit sich die Fragen stellen: Wie ernst nehmen Stura-Mitglieder ihre Aufgabe? Ist die Mitwirkung in diesem Gremium studentischer Vertretung vielleicht nur ein schöner Eintrag im Lebenslauf?

Wir maßen es uns weder an, Antworten auf diese Fragen zu finden, noch alle Stura-Mitglieder über einen Kamm zu scheren. Allerdings ist es bedenklich, dass solche Beobachtungen überhaupt möglich sind. Im Hinblick auf anstehende Prüfungen und die zunehmende Sommerhitze bleibt abzuwarten, ob sich das Anwesenheitsproblem möglicherweise weiter zuspitzen wird und eventuell sogar eine Sitzung ausfallen muss.

*Text: Anne Jüngling
Foto: Alexander Kullick*

- Nächste reguläre Stura-Sitzungen am 10.7., 31.7., 28.8. und 25.9.2017. www.stura.uni-halle.de/sitzungen/
- Am 17.7. berät der Stura auf einer Sondersitzung über die Einführung eines Studierendenradios. Die genaue Ausgestaltung steht noch nicht fest, aber ein mögliches Modell wäre eine regelmäßige Sendung auf Radio Corax, die ähnlich wie die *hastuzeit* mit einem festen Anteil am Beitrag der Studierendenschaft finanziert wird.
- Seit diesem Semester berichten wir regelmäßig darüber, was auf den Sitzungen des Studierendenrates passiert und wohin die studentischen Gelder gehen. Damit wollen wir Hochschulpolitik für alle zugänglich und verständlich machen. Unsere anderen Berichte findet Ihr unter <http://hastuzeit.de/tag/stura-sitzung/>



Das flache Ziegelgebäude am Steintor-Campus dient in diesen Tagen vor allem als Schattenspende. Nur wenige Studierende wissen vermutlich, dass sich im Inneren des »Julius-Kühn-Museums für Haustierkunde« eine bedeutende Tierskelettsammlung verbirgt. Die vom Bisonskelett bis zum präparierten Ferkel reichende Menagerie zeugt noch heute von der Tatkraft und den Leistungen eines Mannes, der die landwirtschaftliche Forschung wie kaum ein anderer prägte.

In der sächsischen Oberlausitz gelegen, ist die Stadt Pulsnitz vor allem für ihre Pfefferkuchen bekannt. Hier kommt Julius Kühn am 23. Oktober 1825 als Sohn eines Gutsinspektors zur Welt. Nach der Grundschulausbildung strebt auch er in die Landwirtschaft. Obwohl die Familie aufgrund einer Krankheit des Vaters in finanziellen Schwierigkeiten steckt, ermöglicht sie dem Jungen ab 1839 eine Ausbildung an der Technischen Bildungsanstalt in Dresden, der Vorläuferin der heutigen TU. Im Jahre 1841 beginnt er seine berufliche Laufbahn in der Landwirtschaft; von »grün hinter den Ohren« zum sprichwörtlichen grünen Daumen ist es jedoch noch ein langer Weg. Schnell arbeitet sich Kühn vom einfachen Lehrling zum Gutsverwalter hoch und leitet schließlich von 1848 bis 1855 das Gut Groß Krauschen nahe dem niederschlesischen Bunzlau. Hier studiert er erstmals Pflanzenkrankheiten; ein Thema, das ihn sein ganzes Leben lang beschäftigt wird.

Vom wissenschaftlichen Eifer gepackt beginnt er schließlich ein Studium an der landwirtschaftlichen Lehranstalt in Bonn, muss es jedoch schon nach zwei Semestern wieder aufgeben – wieder sind die Geldmittel zu knapp. Einen Julius Kühn kann so ein Rückschlag

allerdings nur noch energischer werden lassen. Mit bemerkenswerter Hartnäckigkeit treibt er seine Studien voran, promoviert schon 1856 an der Universität Leipzig und schließt seinen akademischen Aufstieg noch im gleichen Jahr mit der Habilitation in Proskau (Oberschlesien) ab. Kühns Herz hängt allerdings offensichtlich immer noch an der Praxis: Nach einem kurzen Intermezzo als Privatdozent zieht es ihn wieder in die Landwirtschaft. Im niederschlesischen Glogau findet er 1857 eine Stellung als Wirtschaftsdirektor auf einem gräflichen Gut. Hier heiratet er noch im selben Jahr die Maurerstochter Anna Gansel, mit der er fünf Kinder bekommt.

Der Durchbruch kommt für Kühn, als er 1858 das wegweisende Buch »Die Krankheiten der Kulturgewächse, ihre Ursachen und ihre Verhütung« veröffentlicht. Mit diesem Werk verhilft er dem Wissenschaftszweig der Pflanzenpathologie zum Durchbruch und macht sich auch in akademischen Kreisen einen Namen. Schon drei Jahre später publiziert er ein preisgekröntes und auch international erfolgreiches Buch über die Ernährung von Rindern; die Anerkennung lässt nicht lange auf sich warten. 1862 wird Kühn Professor für Landwirtschaft an der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg. Dort hat er endlich die Gelegenheit, die Agrarwissenschaft nach seinen Vorstellungen umzukrempeln. Binnen weniger Jahre wird das neu gegründete landwirtschaftliche Institut zur führenden Forschungsstätte Deutschlands ausgebaut, und von überall

»So, wie die medizinische Wissenschaft die Erhaltung des Leibes in Kraft und Gesundheit zum praktischen Ziele hat, besitzt unsere Wissenschaft die Pflicht, die Bedürfnisse der Menschheit nach Nahrung und Kleidung zu decken zu versuchen. [...] Unsere Aufgabe ist der Nutzen.«

Julius Kühn, Rede anlässlich der Feierlichkeiten zu seinem 80. Geburtstag



Ein Blick aufs »ewige Roggenfeld«, im Hintergrund der »Wohltmann-Schuppen« zur Aufbewahrung von Bodenproben und Pflanzenmaterial

her zieht es Studierende zu Kühns Vorlesungen. Auf die Anlage eines Versuchsfeldes folgt schon bald die Errichtung eines botanischen Demonstrationsgartens und schließlich des sogenannten Haustiergartens, in dem landwirtschaftliche Nutztiere gehalten und untersucht werden. Hier entsteht auch die Grundlage für die umfangreiche und weithin bekannte Skelettsammlung.

Doch nicht nur in baulicher und institutioneller Hinsicht, sondern auch in der Lehre setzt der tatkräftige Kühn, der dem Institut nötigenfalls sogar mit eigenen Mitteln aushilft, neue Maßstäbe. Durch seine jahrelange Berufserfahrung in der Landwirtschaft nimmt praktisches Arbeiten für ihn einen hohen Stellenwert ein: Einen Unterschied zwischen Theorie und Praxis gibt es für ihn schlichtweg nicht. Von seinen Studenten verlangt er für die Zulassung zum Studium nicht nur mehrere Jahre Berufserfahrung, sondern richtet auch ein »Landwirtschaftliches Conservatorium« ein, um die jungen Leute in Rhetorik und wissenschaftlicher Methode zu üben. Sein universeller Wissenschaftsansatz zeigt sich auch in den zahlreichen Versuchsfeldern, die er im Stadtgebiet anlegen lässt, um etwa Düngungseffekte auf Pflanzen zu studieren. Der sogenannte »ewige Roggenbau« erlangt sogar fachliche Berühmtheit; noch lange nach Kühns Tod wird das Feld weiter bestellt. Neben Lehre und Feldversuchen verliert Kühn jedoch nie sein Herzensprojekt, die Pflanzenpathologie, aus dem Auge.

Angesichts der weitreichenden Bekanntheit und Popularität des Professors bleiben auch Ehrungen nicht aus: Neben der Ernennung zum Geheimen Regierungsrat und später sogar zum »Wirklich geheimen Rat« mit der Anrede »Exzellenz« erhält Kühn nicht weniger als neun fürstliche, königliche und kaiserliche Orden sowie die Goldene Liebig-Medaille. Seine über dreihundert wissenschaftlichen Publikationen werden mit der Mitgliedschaft in berühmten Organisationen wie der Leopoldina und der Akademie der Wissenschaften zu Paris honoriert. 1895 schließlich verleiht die Stadt Halle Julius Kühn die Ehrenbürgerschaft, denn trotz der Angebote anderer bedeutender Standorte wie Göttingen oder Wien bleibt er seiner Wahlheimat immer treu. Auch in akademischen Kreisen genießt der von seinen Studenten nur liebevoll »Vater Kühn« genannte Professor breite Anerkennung; unter seiner Ägide wird das landwirtschaftliche Institut der MLU zur führenden agrarwissenschaftlichen Einrichtung Deutschlands.

Am 14. April 1910 stirbt Kühn in Halle, wo er auf dem Nordfriedhof beigesetzt wird. Sein Erbe lebt in Gestalt der modernen Agrarwissenschaft weiter. Im Gedenken an ihn verleiht die Deutsche Phytomedizinische Gesellschaft den Julius-Kühn-Preis, die MLU vergibt seit 1980 die Julius-Kühn-Medaille. Im Jahre 2008 wird schließlich sogar das Pflanzenforschungsinstitut des Bundes nach ihm benannt. In Halle erinnern bis heute eine Straße und die ausgestopfte Menagerie am Steintorcampus an den Professor aus Pulsnitz – und ein Feld, auf dem auch nach 139 Jahren immer noch Roggen wächst.

Text: Paul Thiemicke

Illustration: Katja Elena Karras

Fotos: Johanna Sommer



Ein Blick aufs »ewige Roggenfeld«, im Hintergrund die Berliner Brücke

Bleib am Ball

Noch keine ASQ fürs neue Semester? Bei uns könnt Ihr fotografieren, schreiben, layouten und Euch an der Website zu schaffen machen. Im Oktober geht's wieder los! Wir freuen uns auf 15 neue motivierte ASQ-Teilnehmer/innen.

Bist Du dabei?

Stud.IP: *ASQ Studierende schreiben für Studierende*
Mail: *redaktion@hastuzeit.de*

P.S.: Auch wenn Du keine ASQ-Punkte brauchst, freuen wir uns auf Deine Mitarbeit.



Foto: Katja Elena Karras



In Abneigung geeint

In Magdeburg ist man stolz, Landeshauptstadt zu sein. In Halle ist man stolz, nicht Magdeburg zu sein. Die Geschichte zweier Städte, die sich einfach nicht mögen wollen.

Nun also auch noch Google Earth. Die Software, die ein gutes Jahrzehnt nach ihrer Bereitstellung von niemandem mehr genutzt wird, soll eine Mitschuld tragen am schier ewig schwellenden Konflikt zweier mitteleuropäischer Städte. Sicher, die Streitigkeiten zwischen Halle und der 100 Kilometer nordwestlich befindlichen Landeshauptstadt Magdeburg haben die Grenze ins Lächerliche schon so manches Mal touchiert, wenn nicht gar überschritten. In diesem Fall aber kann man konkret die Minderwertigkeitskomplexe erkennen, die viele Hallenser zu plagen scheinen. Grund für den Ärger, der schon einige Jahre zurückreicht, sind Satellitenfotos, welche Google für Magdeburg einerseits und für die Saalestadt andererseits nutzte. Einem Gerücht zufolge seien die Bilder von Halle im Frühjahr gemacht worden, die Magdeburgs hingegen im grünen Sommer. Halle wirke dadurch kahl und unattraktiv, während die Börde schon alleine wegen der vielen grünen Flächen einen Charme ausstrahle, den Halle aufgrund der jahreszeitlichen Benachteiligung gar nicht erwecken könne. Nun, dieses Beispiel ist zugegebenermaßen nicht mehr ganz zeitgemäß, inzwischen zeigen auch die Aufnahmen Halles eine wahrlich grüne Idylle. Die Debatte darüber, wer denn nun die grünere Stadt sei, ist aus noch einem anderen Grund ziemlich scheinheilig: Einer Untersuchung der Berliner Morgenpost aus dem letzten Jahr zufolge befinden sich die Rivalen aus Sachsen-Anhalt hierbei auf den Plätzen 70 und 75, untersucht wurden: 79. Selbst solch alte Malocher-Hochburgen aus dem Ruhrgebiet wie Bottrop oder Essen finden sich hier beträchtlich besser platziert wieder.

Was bringt zwei mittelgroße Städte dazu, sich an solch Banalitäten zu stoßen? Lohnenswert ist ein Blick in die Geschichte beider Städte, die einige Erklärungen für die heute zur Provinzposse verkommene Diskussion bereithält. Schon vorab der Spoiler: Halle sollte nicht als Gewinner aus diesem Duell hervorgehen.

Ein 14-jähriger Magdeburger erobert Halle

Magdeburg vermarktet sich heute als »Ottostadt«, eine Anspielung nicht nur auf den Entdecker des Vakuums, Otto von Guericke, sondern vor allem auch auf Otto I. Dieser gründete im Jahre 968 an der Elbe das Erzbistum Magdeburg, welches für rund 700 Jahre bestehen sollte. In dieser Zeit liegt auch der erste größere Reibungspunkt zwischen Halle und Magdeburg: die Einnahme Halles durch Ernst II., seines Zeichens Erzbischof von Magdeburg und gerade mal 14-jährig, im Jahre 1478. Als hätte er die noch Jahrhunderte später andauernde Fehde beider Städte schon geahnt, ließ er mit der Moritzburg nur wenige Jahre nach der Eroberung einen spätgotischen Koloss

im damaligen Nordwesten der Stadt errichten, der keinen Zweifel an seinen Absichten erkennen lassen sollte. Dies diene dem Zweck, die Stadt »besser in Gehorsam, Unterwürfigkeit und Ruhe« zu erhalten, besagt eine zeitgenössische Verlautbarung. Halle verlor dadurch seine relative städtische Eigenständigkeit und fungierte bald als Residenzstadt, bis kurze Zeit später die Reformation auch in der Saalestadt Einzug hielt.

Der Dreißigjährige Krieg löschte Magdeburg fast gänzlich aus, keine andere Stadt wurde im Verlauf des Krieges derart vernichtet. Die Flammen und die äußerst gewaltsam vorgehenden Truppen des Grafen Tilly führten dazu, dass von ursprünglich 35.000 Bewohnern lediglich eine kleine dreistellige Anzahl in der Stadt verbleiben sollte. Magdeburg, vor dem Krieg eine der bedeutendsten Städte Deutschlands, verlor in der Folge fast vollständig an Bedeutung und erreichte erst gut 200 Jahre später wieder die frühere Einwohnerzahl.

Verglichen mit dem alten Widersacher im Norden kam Halle glimpflich davon, wenngleich die Saalestadt ebenfalls besetzt wurde und unter anderem die Moritzburg ausbrannte. Der heutige Dualismus der beiden Gemeinden kam dadurch zum Erliegen und wurde erst Jahrhunderte später in der Öffentlichkeitswirkung langsam wieder präsent.

Im 19. Jahrhundert wurden Halle und Magdeburg preußisch und waren bis zum Zweiten Weltkrieg wichtige Bestandteile der Provinz Sachsen. Der florierenden Phase beider Städte wurde während des Nationalsozialismus und im Zweiten Weltkrieg ein jähes Ende gesetzt; besonders Magdeburg wurde durch systematische Flächenbombardements der Alliierten abermals fast vollständig zerstört. Allein ein Angriff im Winter 1945 vernichtete 90 Prozent der historischen Altstadt

unwiederbringlich. Halle hingegen wurde wie schon 300 Jahre zuvor vergleichsweise verschont und entging, auch aufgrund der Courage einiger Bürger, daher größeren Kampfhandlungen. Der Grad der Beschädigung sollte in den nächsten Jahren noch von größerer Bedeutung sein – es galt, eine Hauptstadt für das 1947 neu gegründete Land Sachsen-Anhalt zu finden.

Halle steht endlich über Magdeburg – aber nur für fünf Jahre

Die Provinz Sachsen wurde anschließend in »Provinz Sachsen-Anhalt« umbenannt und erhielt 1947 ihre eigene Landesverfassung, zugleich erfolgte die Umbenennung in »Land Sachsen-Anhalt«. Zur Hauptstadt erkoren wurde Halle, da Magdeburg insbesondere in den letzten Kriegsjahren einen hohen Schaden davongetragen hatte und daher als Landeshauptstadt nicht brauchbar erschien. Der hallische Ruhm war allerdings nur von kurzer Dauer, da es gerade einmal fünf Jahre später zu einer umfassenden Verwaltungsreform in der inzwischen gegründeten DDR kam. Im Zuge dieser wurden die Länder abgeschafft und durch eine Vielzahl kleinerer Bezirke ersetzt, welche die größten Städte des Staates und ihre Umgebung umfassten. Sowohl Halle als auch Magdeburg wurden hierbei Hauptstadt der nach ihnen benannten Bezirke, ein Zustand, der bis zur Wiedervereinigung Deutschlands bestehen bleiben sollte. Damit einher ging die rechtliche Gleichstellung beider Städte, weshalb die oft als Provinzposse umschriebene Rivalität zwischen ihnen in der DDR weitgehend zum Erliegen kam. So zog sich bis zur Wende der Status quo durch die Geschichte des Verhältnisses beider Städte – das sollte sich ändern.

Mit dem sich im Laufe des Jahres 1990 immer deutlicher abzeichnenden Ende der DDR wurden Fragen aufgegriffen, die sich alle schon einmal gestellt hatten. Besonders pikant war diejenige, welche sich mit der Hauptstadt des neu zu gründenden Landes Sachsen-Anhalt beschäftigte. Eine nüchterne Analyse fiel allen Beteiligten offenbar schwer,

es entwickelte sich eine brisante Debatte. Halle konnte vor allem zwei Argumente aufweisen: Es war nach dem Zweiten Weltkrieg schon einmal zur Hauptstadt gewählt worden und es besaß schlicht mehr Einwohner (circa 310 000; Magdeburg: knapp 280 000). Doch auch die Börde- und Nordstadt im Norden hatte ein nicht von der Hand zu weisendes Argument in petto: Innerhalb des neuen Landes Sachsen-Anhalt lag sie deutlich zentraler, was in der Geschichte schon so manches Mal den Ausschlag zugunsten eines Bewerbers gegeben hat. Auch sei Halle eine Hochburg der SED gewesen und daher nicht würdig, den Rang einer Landeshauptstadt innezuhaben, war aus der Otto- und Nordstadt zu vernehmen.

Im Sommer 1990 traf man sich in der Kleinstadt Zerbst zu ersten Beratungen, wie man weiter verfahren solle. Manch Hallenser witterte vielleicht selbst in der Wahl dieser Tagungsstätte eine Verschwörung, denn Zerbst liegt zwar ungefähr mittig zwischen beiden Kontrahenten, aber doch etwas näher an Magdeburg. Das konnte nicht gut gehen.

Der Ausgang dieser Abstimmung war nicht verbindlich, aber doch richtungweisend: Magdeburg siegte deutlich, die Entscheidung wurde auf der ersten Sitzung des neuen Landtages nach der Wiedervereinigung bestätigt und damit manifest. Es war gleichsam die bis heute einzige Abstimmung in diesem Parlament, die geheim vonstattenging. Nicht auszudenken, welche Art von Empfang einem hallischen Gesandten an der Saale bereitet worden wäre, wenn dieser sich gegen seine politische Heimat entschieden hätte.

Einmal zu oft spaltet der Fußball die Gemüter

Die hallische Volksseele war gekränkt, und es gibt genügend Gründe anzunehmen, dass sie das auch mehr als 25 Jahre später noch ist. In besonderer Schärfe zeigt sich dies im Fußball, das Derby zwischen dem Halleschen FC und dem 1. FC Magdeburg gilt als eines der brisantesten Fußballspiele Deutschlands. Traurige bundesweite Bekanntheit erreichte es im letzten Jahr, als ein Magdeburger Fan im Zusammenhang des Spiels wahrscheinlich nicht aus freien Stücken aus einem fahrenden Zug sprang und sich dabei tödliche Verletzungen zuzog. Die Ermittlungen dazu wurden im März dieses Jahres abgeschlossen – ergebnislos. Die Fanszenen beider Vereine sind seit der Wende zutiefst verfeindet; unter den Umständen eines verlorenen Menschenlebens haben sie sich allerdings dazu entschieden, die Spiele in der jeweils anderen Stadt bis auf unbestimmte Zeit nicht mehr zu besuchen.

Dass auch die Magdeburger nicht gänzlich frei von Komplexen sind, offenbarte sich im Jahr 2008. Von »Ignoranz und Arroganz«, gar einem »unwürdigen Umgang mit Magdeburg« war die Rede. Stein des Anstoßes waren die Gebeine von Königin Editha, einst die Gemahlin von Otto I. im 10. Jahrhundert. Diese wurden durch Zufall im Magdeburger Dom von Archäologen gefunden und in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Halle verfrachtet, wo man sie eingehend untersuchte. Erst Jahre später gab es die Gewissheit, dass es sich bei dem unvollständigen Skelett um Editha, Königstochter aus England,

handelt. Im Anschluss daran wurde sie an ihrem Fundort, dem Dom in der Landeshauptstadt, neben ihrem Ehemann Otto bestattet.

Ja, das Verhältnis zwischen Halle und Magdeburg könnte besser sein. Es ist aber auch nichts Außergewöhnliches. Wenn man seinen Blick über die Landesgrenzen von Sachsen-Anhalt hinaus erweitert, dann findet man dutzende ähnliche Beispiele. Einem Kölner wird es wahrscheinlich nicht leichtfallen, Düsseldorf als Hauptstadt zu akzeptieren. Die Kanadier, Australier oder Brasilianer haben eigens eine Hauptstadt aus dem Nichts erschaffen, da sich die zwei bedeutsamsten Städte nicht einigen konnten, wer ihrem Land vorstehen solle. In Sachsen-Anhalt wird es so schnell sicher nicht langweilig – bis vor

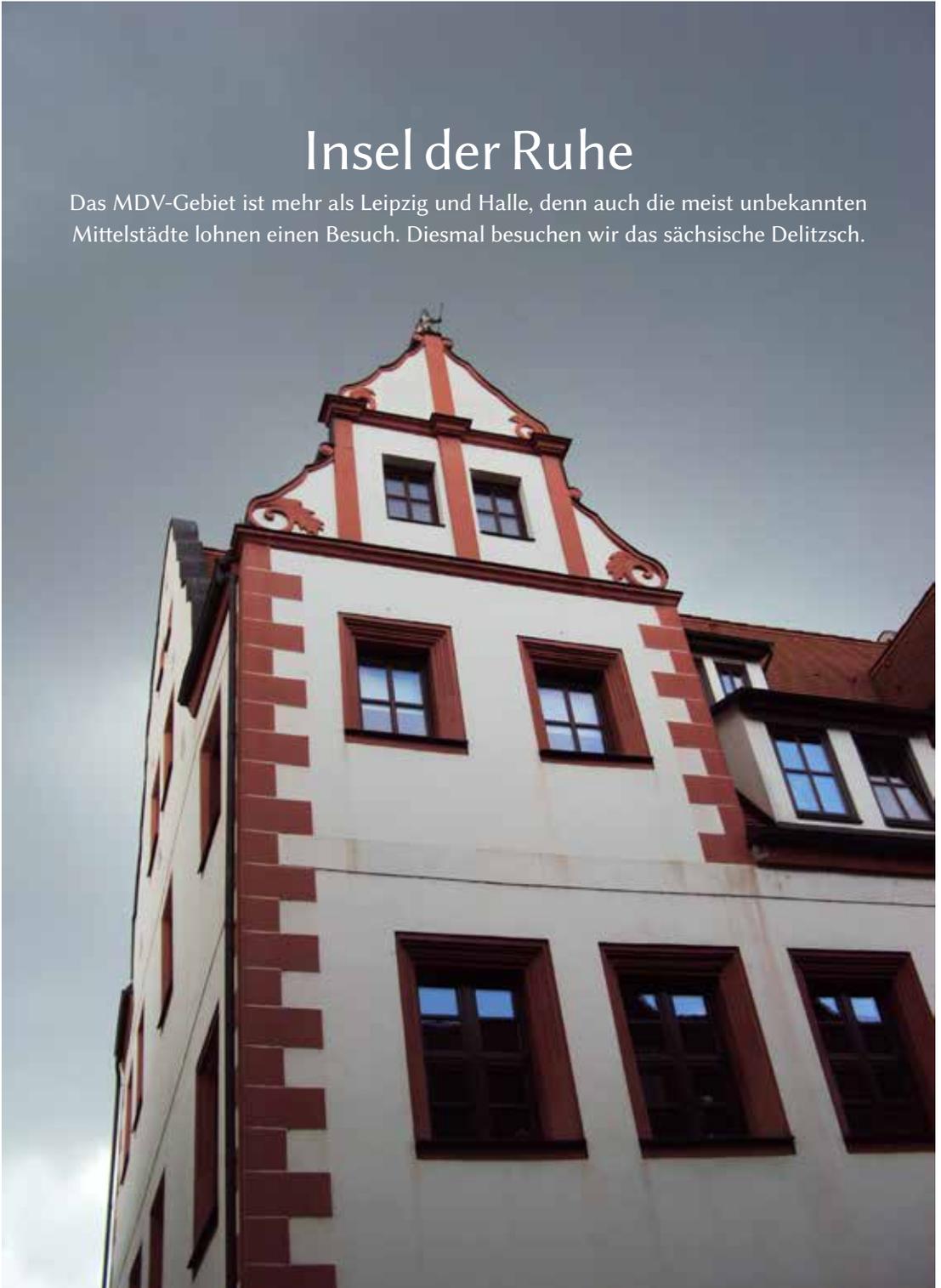
wenigen Tagen konkurrierten Halle und Magdeburg in der Bewerbung um die Kulturhauptstadt 2025, mittlerweile hat der hallische Stadtrat allerdings sein Veto eingelegt. Ruhig wird es um die beiden Kontrahenten aber wohl eher trotzdem nicht – dafür können sie sich einfach zu wenig riechen.

*Text und Foto: Alexander Kullick
Illustration: Katja Elena Karras*



Insel der Ruhe

Das MDV-Gebiet ist mehr als Leipzig und Halle, denn auch die meist unbekanntesten Mittelstädte lohnen einen Besuch. Diesmal besuchen wir das sächsische Delitzsch.



Ein wenig nördlich von Leipzig, gerade an der Grenze zu Sachsen-Anhalt, liegt die Große Kreisstadt Delitzsch, bekannt für – was eigentlich? Spielkarten oder verschrumpelte Bischofshände sind es sicherlich nicht. Nehmen wir uns also, trotz des nicht gerade sommerlichen Wetters, die Zeit um diesen Ort – MDV-Ticket sei Dank – näher kennenzulernen. Glücklicherweise ist die etwa 34 000 Einwohner zählende Stadt von Halle aus gut zu erreichen: Im Schoße der »S-Bahn Mitteldeutschland« gelangen wir innerhalb von etwa einer Stunde ans Ziel. Ein bisschen Gedrängel beim Umsteigen in Leipzig, dann geht es weiter nach Norden. Der Delitzscher Bahnhof empfängt uns eingerahmt von Kneipe und Supermarkt, während wir begleitet vom der professionell-kühlen S-Bahn-Ansage ins Freie treten.

Wir machen uns entlang der Eilenburger Straße auf Richtung Altstadt; während wir an den verschiedenen Geschäften vorbeigehen, nehmen wir die Umgebung in uns auf. Die niedrigen Häuser sind sauber und herausgeputzt, doch so richtiges Getümmel sehen wir nicht. Delitzsch macht vorerst den Eindruck einer ordentlichen, allerdings auch verschlafenen Provinzstadt. Doch vielleicht täuscht dieses Bild? Wir gehen weiter, vorbei an der katholischen Pfarrkirche St. Marien aus den dreißiger Jahren und gelangen zu einem baumumstandenen grünen Platz, auf dem ein älterer Herr in altmodischem Mantel empfängt, Bart und Haare lang, die Hand wie zum Gruß ausgestreckt. Mit steinernen Augen sieht er an uns vorbei in die Ferne, wirkt gleichzeitig gedankenverloren und aufmerksam – ein Denkmal auf seinem Sockel. Hermann Schulze-Delitzsch, so der Name des über uns Thronenden, wird auf unserer Tour noch eine Rolle spielen.

Vorerst aber lassen wir den berühmtesten Sohn der Stadt dort, wo er ist, und

gehen weiter Richtung Stadtzentrum. Je näher wir unserem Ziel kommen, desto älter werden die Häuser zu beiden Seiten. Es scheint so, als würde uns die Stadt ganz langsam und sanft in die Vergangenheit mitnehmen, ohne dass wir es richtig bemerken. Auf dem Roßplatz erwartet uns die prächtige Postsäule, die noch von den Zeiten kündet, als Delitzsch zum Kurfürstentum Sachsen gehörte. Gleich daneben flankiert der imposante »Breite Turm« unseren Weg hinüber zur Altstadtinsel; genau das ist der historische Stadtkern nämlich. Der breite Wassergraben, den wir nun im Schatten des ehemaligen Wehrturmes überqueren, lässt die Stärke der alten Mauern erahnen. Wir setzen unseren Gang zum zentralen Marktplatz fort; die vor uns liegende Breite Straße empfängt uns mit zahlreichen barocken Häusern zu beiden Seiten. Die fast flächendeckend historische Bebauung ist wirklich bemerkenswert – im Zweiten Weltkrieg so gut wie unzerstört kann sich Delitzsch nun, nach Jahrzehnten des Verfalls, seinen Besuchern in neuer Frische präsentieren. Während wir an der gotischen Stadtkirche St. Peter und Paul vorbei zum Markt gehen, fällt uns auf, wie ruhig alles ist. Menschen sieht man hier kaum, geschäftiges Treiben



Linke Seite: das Ritterhaus
Rechts: der Hallesche Turm



fehlt fast gänzlich. Dafür bietet uns der Marktplatz einen echten Hingucker in Gestalt des klassizistischen Rathauses.

Weiter geht es durch die pittoresken Straßen zum Schatzkästchen der Stadt, dem Barockschloss. Dieses altehrwürdige Gebäude, das im 18. Jahrhundert als Witwensitz des Herzogtums Sachsen-Merseburg und später als Offiziersquartier und Frauengefängnis diente, steht ganz für sich auf einer leichten Anhöhe. Erneut schreiten wir, vorbei an barocken Grünanlagen, über einen tiefen Graben zum Eingang hin; eine Insel inmitten der Insel. Im Inneren des kompakten, aber schmucken Gebäudes erwarten uns die restaurierten Prunkräume der verwitweten Herzoginnen, komplett mit knarrendem Holzfußboden, Kristallkronleuchtern und kunstvollem Mobiliar. Wir können uns ohne Schwierigkeiten vorstellen, wie sich hier der barocke Alltag abgespielt hat – ein standesgemäßes, aber auch etwas trauriges, einsames Leben, das die adeligen Witwen hier führten. Aufheitern kann uns dagegen nur das Spiel zweier Musikerinnen, die hier für ein Konzert proben. Zuletzt besichtigen wir noch den Schlossturm, von dem aus wir eine schöne Aussicht auf die Stadt genießen dürfen – allerdings nur, nachdem wir ein eisernes Ungetüm namens Wendeltreppe bezwungen haben. Nach der gleichzeitig interessanten und unbequemen Kombination von filigranen Verzierungen und niedriger Deckenhöhe müssen wir nun aber wieder an die frische Luft.

Wir verabschieden uns vom schmucken Schösschen und gehen weiter durch die Stadt, vorbei am Halleschen Turm und dem altehrwürdigen Ritterhaus in der gleichnamigen Straße. Auch hier sind nur wenige Leute unterwegs,

Von oben: Barockschloss; Breite Straße; Speisesaal im Schloss. Rechts: Über die Dächer der Altstadt ragen der Breite Turm und die Stadtkirche St. Peter und Paul

aber das stört uns schon nicht mehr. Vielleicht lagen wir mit unserem ersten Eindruck wirklich falsch: Diese Stadt ist nicht verschlafen; Delitzsch hat Hektik und Eile nicht nötig, die Häuser und Straßen sprechen für sich: eine Insel der Ruhe inmitten einer zu fremden, modernen Welt. Die Zeit ist hier nicht stehen geblieben, sie läuft auf dieser Stadtinsel einfach in einem anderen Tempo. In ihrer historischen Ganzheit versetzt uns Delitzsch auch nicht einfach nur zurück in die alten Zeiten – sie werden hier einfach fortgeführt, sind hier noch irgendwie lebendig.

Unsere letzte Station zeigt uns das auf besonders eindrückliche Weise. Das unscheinbare Haus vor uns beherbergt eine kleine Ausstellung zur Hermann Schulze-Delitzsch, einem der Väter des deutschen Genossenschaftswesens. Im Revolutionsjahr 1849 begründete der

linksliberale Abgeordnete in seiner Heimatstadt die erste gewerbliche Genossenschaft des Landes; schon bald breiteten sich nach dem Schulze-Delitzsch' Modell überall Handwerkerassoziationen aus. Diese Zusammenschlüsse einzelner Personen zu einer rechtlichen Gemeinschaft halfen vielerorts, der wachsenden Konkurrenz durch die Industrie etwas entgegenzusetzen und durch Selbstorganisation und Selbsthilfe den Menschen neue Perspektiven zu geben. Nach dem Prinzip »Gemeinsam sind wir stärker« arbeiten noch heute zahlreiche Wohnungsbau-, Konsum-, Kredit- und Produktionsgenossenschaften auf der ganzen Welt.

Auch wenn der Abschied schwerfällt – jeder Besuch hat ein Ende und wir machen uns auf den Weg zurück durch die schläfrigen Straßen, über den Wassergraben zurück in die Welt der Autos und Supermärkte, der Schnellzugverbindungen und S-Bahn-Ansagen. Hinter uns lassen wir eine Insel, die auf seltsame Weise aus der Zeit gefallen ist, eine Stadt, die gleichzeitig schläft und wacht. Zu guter Letzt ist es schließlich Hermann Schulze-Delitzsch, der uns verabschiedet – in Gestalt der genossenschaftlichen Volksbank, die hier nach wie vor ihren Platz hat.

Text und Fotos: Paul Thiemicke



Doppelte Vergangenheit

Wie schaffte es eine Malerin, sich das SED-Regime zum Feind zu machen? Wer war der Ansicht, dass die Russen die DDR eines Tages verkaufen würden? Und was haben der Kommunismus und das Christentum gemeinsam? Antworten hierauf lieferte Doris Liebermann bei ihrer Lesung am 13. Mai in der Stadtbibliothek.

Etwas ernüchternd ist es doch, wie wenig Menschen gekommen sind – nur etwa 15 Personen haben den Weg in die Stadtbibliothek gefunden. Dabei ist Doris Liebermann, die zu einer Lesung ihres aktuellen Buches erschienen ist, kein unbeschriebenes Blatt: Die Autorin und Journalistin wurde 1976 im Zuge einer Unterschriftensammlung gegen die Ausweisung des Liedermachers Wolf Biermann vorübergehend festgenommen und von der Friedrich-Schiller-Universität Jena exmatrikuliert, ein Jahr später folgte die Ausbürgerung nach Westberlin. Angesichts solcher Erfahrungen ist es nicht verwunderlich, dass das Thema Opposition unter dem SED-Regime ihr bis heute eine Herzensangelegenheit ist, so auch als Thema ihres neuen Buches mit dem Titel »Gespräche mit Oppositionellen«.

Durch ihre Arbeit als Autorin für Funk, Fernsehen und Printmedien konnte Liebermann zahlreiche Interviews mit bekannten Persönlichkeiten führen; diese Gespräche waren aber häufig zu lang, um vollständig im Radio gesendet zu werden. Auf Kassetten gespeichert, lagerten viele ihrer Interviews lange Zeit ungehört und eingestaubt im Robert-Havemann-Archiv in Berlin, bis der gebürtigen Thüringerin die Idee zu diesem Buch kam.

Nach einer kurzen Einleitung und Vorstellung der Autorin durch Rebecca Plassa von der Heinrich-Böll-Stiftung liest Liebermann Auszüge aus ihrem Buch vor. In diesem hat sie die Langfassungen von Interviews mit bedeutenden Oppositionellen aus der DDR wie Jürgen und Lilo Fuchs, Bärbel Bohley, Wolfgang Ullmann, Rainer Eppelmann und Jens Reich gesammelt. An diesem Abend legt sie den Fokus auf Bärbel Bohley – wohl kaum ein ehemaliger DDR-Bürger, der diesen Namen nicht kennt. Den nach der Wende Geborenen geht dies vermutlich anders.

Von der Malerei zur Opposition

Die Malerin Bärbel Bohley erlangte Anfang der 80er Jahre in der DDR Bekanntheit als Bürgerrechtlerin, ausgehend von ihrer Initiative »Frauen für den Frieden« und später mit ihrem Engagement für die Bürgerrechtsorganisation »Neues Forum«. 2009 machte Liebermann erstmals Bekanntschaft mit Bohley, die zuvor 12 Jahre im ehemaligen Jugoslawien gelebt und gewirkt hatte, um beim Wiederaufbau der kriegszerstörten Region zu helfen. Grund für die Entscheidung der »Vorzeige-Oppositionellen«, dem vereinten Deutschland 1996 den Rücken zu kehren, war das Gefühl, nichts bewegen zu können. Die einzige Möglichkeit hierzulande wäre es aus ihrer Sicht gewesen, einer

Partei beizutreten, dies lehnte sie aber ab mit der Begründung, dass sie keine einzige Partei kenne, die mündige Bürger hervorbringe. Allerdings war nicht nur das Gefühl, bloß noch als Vorbild zu fungieren, ausschlaggebend für ihren Entschluss. Am 24. Mai 1945 geboren, hatte sie den Zweiten Weltkrieg eigener Aussage zufolge »noch mit ihren Winkeln aufgesogen«. Fotos ihrer Kindheit zeigen sie und ihren drei Jahre jüngeren Bruder in der Berliner Trümmerlandschaft. Das kriegsversehrte Jugoslawien der 90er Jahre erinnerte sie vermutlich an eben diese Zeit und weckte in ihr den Impuls, mit anzupacken beim Wiederaufbau. Letzten Endes war Bohley aber auch enttäuscht über die Zurückhaltung und das Schweigen der internationalen Gemeinschaft sowie deutscher Intellektueller in Bezug auf den Krieg, der sich etwa 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs mitten in Europa abspielte.

Nachdem sie 2008 wieder nach Deutschland zurückgekehrt war, um ihre Krebserkrankung behandeln zu lassen, nahm sie sich die Zeit, Liebermann von ihren Erfahrungen als Oppositionelle im SED-Regime zu erzählen. Dabei ging es Bohley wahrscheinlich ähnlich wie Liebermann selbst, die sich nie als Oppositionelle fühlte, sondern vom SED-Regime »dazu gemacht wurde«. Faszinierend ist für die Autorin und Journalistin, dass letzten Endes sowohl Regimekritiker als auch Befürworter die gleiche Sozialisation in der DDR durchlaufen haben – vom Jungpionier bis zur FDJ – und dennoch nur einige wenige aufbekehrten, wie zum Beispiel der Schriftsteller Jürgen Fuchs, der »es nicht aushalten konnten, Lügen zu schreiben«. Der Regimekritiker Robert



Havemann war sogar der drastischen Ansicht, dass die Sowjetunion die DDR eines Tages eh verkaufen würde.

Oftmals dienen kirchliche Institutionen, wie zum Beispiel die Junge Gemeinde, als Sammelbecken für Systemkritiker, so auch für Liebermann. Bohleys Anliegen hingegen war es, eine Opposition außerhalb der Kirche zu organisieren, obwohl – oder gerade weil? – zu dieser Zeit »nur der Kommunismus und das Christentum das Paradies versprochen«. Was 1982 mit der unabhängigen Initiative »Frauen für den Frieden« begann, führte sechs Jahre später zur Verhaftung durch die Stasi und zum zwangsweisen Exil im Vereinigten Königreich. Dieses halbe Jahr außerhalb ihrer Heimat erlebte Bohley

als starken Einschnitt. Obwohl es in Großbritannien viel mehr und besser hergestellte Konsumgüter gab als in der DDR, schien Bohley »alles für die Müllkippe gemacht«; das ungewohnte Bild von Bettlern am Straßenrand entsetzte sie. In ihr wuchs die Erkenntnis, dass sie im Gefängnis zwar »äußerlich gefesselt« war, im westlichen Exil jedoch innerlich. Die Konsequenz dieser Überlegungen – und Überzeugungen – stellte der Entschluss dar, wieder in die Heimat zurückzukehren, was ihr entgegen einiger Widerstände auch gelang. Während viele andere Oppositionelle meist erst nach der friedlichen Revolution 1989 in ihre alte Heimat zurückkehren konnten, war Bohley somit nicht nur dabei, als die DDR sich allmählich auflöste, sondern an diesem Prozess sogar maßgeblich beteiligt; nämlich als Initiatorin der Bürgerrechtsbewegung »Neues Forum«. Hierbei stand der Wunsch nach einem »demokratischen Dialog« zwischen Staat und Gesellschaft an erster Stelle. Was mit Bohley als Erstunterzeichnerin begann, hatte schon bald über 250 000 Unterstützer. Liebermann erzählt von Sanitätern, die während ihrer Schicht kurz in Berlin-Grünheide Halt machten,

um ihre Unterschrift beizusteuern, bevor es weiter Richtung Charité ging.

»Kollektive Schuldabwehr« statt Aufarbeitung?

In der anschließenden Gesprächsrunde zeigte sich, dass auch 27 Jahre nach der Wende die Debatte über Recht und Unrecht in der DDR immer noch nicht komplett aufgearbeitet ist, dafür jedoch nach Meinung einiger Zuhörer auch bei vielen Menschen das Interesse fehlt – ob nun im privaten oder institutionellen Rahmen. Insbesondere Liebermann sieht Film und Fernsehen in der Pflicht, authentische Spielfilme über das SED-Regime zu drehen, um möglichst breite Massen ansprechen zu können, wie es bei der Aufarbeitung der Verbrechen von Hitler-Deutschland geschieht. Ein gutes Beispiel für eine gelungene Aufarbeitung mithilfe der Medien stellt für sie der 2006 erschienene Spielfilm »Das Leben der Anderen« mit Ulrich Mühe in der Hauptrolle dar, der sogar den Oscar als bester fremdsprachiger Film abräumte.

Interessanterweise sieht Liebermann, die selbst von 2004 bis 2007 Vorstandsmitglied der »Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur« war, den Prozess der Vergangenheitsbewältigung auch aus einem geographischen Blickwinkel – in Berlin habe sie »das Gefühl, dass da viel gemacht wird«. Komme sie hingegen in andere deutsche Städte, fände sie andere Umstände vor; so gibt es mit Sicherheit in Berlin, der einst geteilten Stadt, wesentlich mehr Veranstaltungen und Interesse. Anscheinend ist die Wiedervereinigung ein sich nach wie vor vollziehender Prozess und kein abgeschlossenes Ereignis.

Dies hängt womöglich auch stark mit den ehemaligen DDR-Bürgern selbst zusammen, wie ein Zuhörer vermutet: so überkommt viele das Gefühl, »ihre individuelle Lebensleistung werde ausgeräumt«, sobald das Thema DDR auf den Tisch kommt und dabei kritisch betrachtet wird. Schließlich haben viele Menschen ein gutes Leben führen können, solange sie die Einschränkungen nicht als störend empfunden haben. Demgegenüber steht dann das erlittene Unrecht von Fällen wie Liebermann oder Bohley. Vermutlich ist dies der Grund für die »kollektive Schuldabwehr«, wie sie dem älteren Herrn, selbst ehemaliger DDR-Bürger, zufolge häufig stattfindet.

In diesem Zusammenhang wird auch die Rolle von Lehrkräften kritisch beleuchtet, die Schwierigkeiten haben, eben diesen Widerspruch zu vermitteln. Einer Studie des Emnid-Instituts zufolge beurteilten im Mai 2010 noch mehr als die Hälfte der Ostdeutschen die DDR überwiegend positiv. Die Versuchung liegt nahe, retrospektiv nur die guten Dinge am Leben in der DDR zu betrachten, statt sich differenziert mit der Thematik auseinanderzusetzen – denn neben Arbeit für alle und Mettigeln gab es ja auch noch ein Regime, welches ohne Skrupel gegen seine Kritiker vorging. Aber wird eben jener Drahtseilakt, weder ausschließlich das Schlechte noch das Gute zu sehen, bei der Vermittlung an nachfolgende Generationen, welche nach der Wende aufgewachsen sind, gemeistert? Es ist offensichtlich, dass die deutsch-deutsche Geschichte ein sensibles Thema ist, das schnell polarisiert. Und auch bei

der Gesprächsrunde steht die Unzufriedenheit über den Verlauf mit der Aufarbeitung und dem Umgang mit jüngerer deutscher Geschichte im Vordergrund.

Wie Liebermann zum Schluss noch anmerkt, findet sie es schade, dass Bärbel Bohley als Malerin keine Würdigung mehr erfährt, sondern ihr Lebenswerk nur noch über ihre Tätigkeit als Oppositionelle definiert werde. Bohley ist da sicherlich kein Einzelfall – andere historische Persönlichkeiten ihrer Zeit, wie beispielsweise der Schriftsteller Jürgen Fuchs, werden in der öffentlichen Wahrnehmung ebenso überwiegend für ihr gesellschaftliches Engagement als ihre Werke geehrt.

Wir jungen Menschen sind gefragt

Bleibt uns also nur Verbitterung als Fazit der Wiedervereinigung? Damit es eben nicht dabei bleibt, sind womöglich gerade wir jungen Menschen, nach der Wende geboren und gesamtdeutsch sozialisiert, gefragt. Denn als Zuhörer beschleicht einen an diesem Abend das Gefühl, dass die Zeit allmählich davonrennt – wie lange werden wir diejenigen, die dabei waren, noch fragen können? Einige Zeitzeugen, wie beispielsweise Bohley, sind bereits tot. Geblieben sind Gespräche, Videoaufzeichnungen, Literatur. Konsens der Diskussion ist somit der Wunsch, dass die nachfolgende Generation sich in der Pflicht sieht, zu fragen, zu dokumentieren und aufzuarbeiten, möglichst solange noch Ansprechpartner vorhanden sind.

Angebote gibt es schließlich zuhauf – sei es nun die Gedenkstätte »Roter Ochse« in Halle, die am Zustandekommen dieser Lesung beteiligt war, oder das »Zeitgeschichtliche Forum« in Leipzig, um nur einige Möglichkeiten in der Region zu nennen.

Die simpelste Variante ist und bleibt aber immer noch: die eigenen Eltern und Großeltern fragen, wie das damals so war. Solange es noch geht.

Text und Foto: Sophie Ritter



Das Wort zum Wort

Eine vielleicht etwas ambivalente Kolumne über Kommunikation und den Eindruck, dass Gesagtes und Gemeintes nicht immer dasselbe sind. Sie beobachtet und kommentiert. Und vielleicht will sie auch manchmal irgendwie eingreifen. Diesmal geht es um eine vielgestellte Frage, die oft mit geringem Interesse an der Antwort einherzugehen scheint.

Kürzlich überraschte mich in der Oldie-Show im Radio die Originalversion eines Liedes der »Windows«, das ich bisher nur als englischsprachiges Cover von »Mouth & MacNeil« gekannt hatte. Auf etwas schnulzige Weise erzählt das Lied »How do you do« eine Liebesgeschichte, die mit ebendieser Frage beginnt. Ich fand es irgendwie sehr erfrischend, eine Frage nach jemandes Befinden mal wieder in einem Kontext, der ihrer eigentlichen Ernsthaftigkeit gerecht wird, zu hören. Heutzutage scheinen solche Fragen allzu oft nur noch Floskeln zu sein, auf die allenfalls eine möglichst einsilbige positive oder allenfalls noch neutrale Antwort gegeben werden sollte, die keiner weiteren Reaktion des Fragestellers bedarf.

Die »Windows« waren ein deutsch-englisches Popduo, das mit ebenjenem Lied 1972 seinen einzigen wirklich großen Hit landen konnte. Diese deutsch-englische Konstellation und ein in meinem Hinterkopf herumspukendes Gespräch mit einer englischen Freundin brachten mich zum Nachdenken. Welchen Stellenwert hat die Frage nach dem Befinden heute, schlappe 35 Jahre nach Veröffentlichung jenes Liedes?

Im anglophonen Sprachraum hat das »How are you?« schon länger etwas floskelartiges, das beispielsweise in Geschäften zur Begrüßungsformel der Mitarbeiter gegenüber den Kunden, egal ob persönlich bekannt oder nicht, wie automatisiert abgespult wird. Ich empfand das immer als nett und höflich, wohingegen eine englische Freundin das ganz anders sieht. Sie sagt, diese Dienstleistungsfloskel hat viel zu viel Übergriff auf private Gespräche und Fragen genommen: »Everybody asks you how you are – but nobody cares!«

Sicher macht es einen Unterschied, ob jetzt ein Fremder, für den ich wie im erwähnten englischen Beispiel Kunde bin,

sich höflich-desinteressiert nach meinem Befinden erkundigt, oder ob sich eine mir nahestehende Person so verhält. Und wenn mich ein Dienstleister gar nicht fragt, wie es mir geht, sondern beratungs- oder verkaufsorientierte Fragen stellt, dann stört mich das auch nicht. Was mich hingegen sehr stört, ist das scheinbar stetig zunehmende Desinteresse im persönlichen Gespräch. Warum stellt man jemandem, der einem wichtig ist, eine potenziell so wichtige Frage, ohne die Antwort wirklich hören zu wollen? Zeit und Interesse daran, was den anderen beschäftigt, sind vielleicht die wichtigsten Pfeiler persönlicher Beziehungen, gerade in turbulenten Zeiten. Die Frage nach dem Befinden eines Freundes oder Familienmitgliedes sollte keine Pflicht sein, die man höflich, aber möglichst kurz im Gespräch abarbeitet. Ein ernstgemeintes »Wie geht es dir?« und ein offenes Ohr für eine Antwort, die nicht Sekundenbruchteile oder Sekunden, sondern Minuten oder auch Stunden in Anspruch nimmt, können mitunter sehr viel ausmachen.

*Text: Caroline Bünning
Illustration: Katja Elena Karras*

Leben spenden

Alle fünfzehn Minuten erfährt ein Mensch in Deutschland, dass er an Leukämie erkrankt ist. Neben der Stammzellenspende ist man besonders bei Operationen auf Blutspenden angewiesen, doch trotz des Wissens um diese Fakten gibt es immer noch zu wenig Spenden.

Leukämie ist eine Erkrankung, die im Gegensatz zu anderen Krebsarten relativ selten vorkommt; sie macht 2,4 Prozent aller Tumorerkrankungen aus. Dennoch hört sich die Zahl der Betroffenen, die jährlich in Deutschland an Leukämie erkranken, mit rund 10.000 Menschen ziemlich hoch an. Unter ihnen leiden etwa 60 Prozent an einem chronischen und 40 Prozent an einem akuten Krankheitsverlauf.

Bei dieser Erkrankung lassen sich insgesamt vier verschiedene Hauptformen erkennen, zwei akut verlaufende und zwei chronische. Da die chronische Form sich sehr langsam entwickeln kann, ist sie auch schwierig zu diagnostizieren und kann dadurch unbehandelt genauso gefährlich sein wie die akute, schnell fortschreitende Art der Erkrankung. Im Allgemeinen entsteht eine Leukämie, wenn der normale Reifungsprozess der weißen Blutkörperchen (Leukozyten) im Knochenmark gestört wird und sich somit nicht funktionsfähige Blutkörperchen vermehren können. Die Aufgabe der Abwehr von Krankheitserregern kann nicht mehr erfüllt werden. Außerdem verdrängen die entarteten Leukozyten gesunde weiße und rote Blutkörperchen und Blutplättchen. Übersetzt bedeutet Leukämie »weißes Blut«. Die Ursachen sind bislang noch nicht eindeutig geklärt. Genetische Faktoren sollen bei der Entstehung einer Leukämie eine Rolle spielen, jedoch ist es umstritten, ob oder wie ionisierende Strahlen, bestimmte Chemikalien (zum Beispiel Benzol) oder Viruserkrankungen den Krankheitsverlauf beeinflussen.

Wenn es offensichtlich doch so viele gibt, die auf Hilfe angewiesen sind, ist die Frage, die sich in diesem Kontext stellt: Was kann man tun, um zu helfen und im Kampf gegen diese Form des Krebses Unterstützung zu bieten? Die Antwort ist naheliegend. Fast jeder Mensch kann durch eine Registrierung zum potentiellen Stammzellenspender werden und somit die Chance, einen genetisch passenden Zwilling zu finden, erhöhen. Unwissenheit und Desinteresse sind die schlimmsten Feinde, die sich der Weiterentwicklung der Stammzellenspende in den Weg stellen. Dabei ist es ganz einfach und nicht zeitintensiv, sich beispielsweise bei der ehemals Deutschen Knochenmarkspenderdatei und heutigen DKMS gemeinnützige GmbH zu registrieren. Grundsätzlich ist es jedem gesunden Menschen zwischen 17 und 55 Jahren möglich ein potentieller Stammzellenspender zu werden. Der Brief mit den notwendigen Unterlagen und den Stäbchen für den Abstrich der Wangenschleimhaut wird bequem zu einem nach Hause geschickt. Nachdem man ihn wieder zurückgeschickt hat, wird man über jeden weiteren Schritt per E-Mail informiert. Trotz

der Registrierung ist noch lange nicht sicher, dass man gleich ein passender Spender ist; manchmal können Jahre vergehen bis ein anderer Mensch eine Spende benötigt. Ist man doch in der Lage, einem Menschen das Leben retten zu können, ist in 80 Prozent der Fälle gar keine Operation nötig. Die Stammzellen werden einfach bei einer Blutentnahme aus der Blutbahn entnommen. Bei den verbleibenden 20 Prozent werden unter Vollnarkose circa fünf Prozent des Knochenmarks entnommen. Das Knochenmark regeneriert sich innerhalb von zwei bis vier Wochen jedoch wieder.

Blut- und Blutplasmaspende

Nicht nur in diesem Bereich der Medizin wird eine Blutspende benötigt. Auch bei anderen Krankheiten oder Komplikationen bei Operationen werden Blutkonserven gebraucht. Mit 19 Prozent machen die Krebskrankheiten zwar den höchsten Verbrauchswert aus, jedoch folgen Herz-, Magen- und Darmkrankheiten schon mit 16 Prozent. Weitere 12 Prozent werden bei der Behandlung von Verletzungen aus Straßen-, Sport-, Berufs- und Haushaltsvorfällen verwendet. Bei schweren Unfällen müssen sogar bis zu zehn Konserven pro Person bereitstehen, um ausreichende Hilfe gewährleisten zu können. Ein großer Teil der deutschen Bürger ist mindestens einmal im Leben auf das Blut anderer angewiesen. Theoretisch könnten 33 Prozent der deutschen Bevölkerung Blut spenden, doch nur knapp 3 Prozent tun es regelmäßig. Im Alter von 18 bis 68 Jahren ist es möglich sich zum Spenden bereit zu stellen. Frauen dürfen im Jahr höchstens vier Mal und Männer höchstens sechs Mal spenden. Zwischen den Blutentnahmen sollten jedes Mal mindestens acht Wochen liegen,



damit der Körper sich wieder richtig regenerieren kann. Solange man sich gesund fühlt und über 50 Kilo wiegt, kann es losgehen. Nach dem Ausfüllen eines Spenderfragebogens und nach einem Gesundheitscheck, wobei der Blutdruck, der Puls, die Körpertemperatur und der Eisengehalt gemessen werden, geht es weiter mit der Spende. Es werden etwa 500 Milliliter Blut entnommen und die Prozedur dauert kaum mehr als zehn Minuten. Bei Menschen mit Bluthochdruck hilft eine Blutspende sogar dem eigenen Körper. Viele Studien zeigen eine große Wirksamkeit, da eine regelmäßige Blutentnahme von circa 300 Millilitern eine durchschnittliche Absenkung des Blutdruckes um bis zu 16 mmHg erzielt und teilweise das Ergebnis behandelnder Medikamente (zum Beispiel Betablocker) übertrifft.

Bei der Blutplasmaspende sieht es etwas anders aus. Natürlich sind auch hier ein gesunder Körper und 50 Kilo Mindestgewicht die Voraussetzungen für die Teilnahme. Anders als beim Blutspenden ist es beim Plasmaspenden aber schon nach zwei bis drei Tagen möglich erneut spenden zu gehen. Hauptsächlich werden aus Plasmaspenden Medikamente hergestellt, auf die in Deutschland rund 16 000 chronisch Kranke angewiesen sind. Blutgerinnungsstörungen und eine geschwächte Immunabwehr sind hier die häufigsten Gründe für die Notwendigkeit von Plasmapräparaten. Des Weiteren werden Wundkleber, die aus Plasma gewonnen werden, bei Operationen eingesetzt, um starke Blutungen zu stoppen und Gewebe wieder zu verschließen.

Der Gewinn bei diesem Unterfangen ist im besten Fall ein gerettetes Leben. Eines ist doch klar: Es kann jeden treffen. Wir sind alle grundlegend in derselben Lage. Warum also sollten wir diesen winzig kleinen Stich für die Menschlichkeit nicht riskieren und unserer Empathie Raum geben? Auch wir wären nach einer Erkrankung oder einem Unfall auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. Denn es gibt nicht viel zu verlieren, außer ein bisschen Blut.

*Text: Esna Schirle
Foto: Julia Plagetz (Archiv)*

- Knochenmarkspende:
www.dkms.de
- Blutspendedienst Universitätsklinikum Halle: Ernst-Grube-Straße 40, 06120 Halle (Saale)
- Plasma Service Europe GmbH, Halle: Große Ulrichstr. 19, 06108 Halle (Saale)
- Am Montag, den 10.7. kann zwischen 11.00 und 13.30 Uhr wieder in der Harzmensa Blut gespendet werden.

Der gehobene Zeigefinger

Bunt und quirlig wie ein gut gepflegter Gemischtwarenladen legt sich diese Kolumne ihrem erprobten Leserauge zu Füßen. Frei von den zwängenden Fesseln einer thematischen Beständigkeit, eines übergeordneten Gesamtkonzepts, wird hier nüchtern allerhand Gedachtes geteilt. Thema heute: Vorurteile.

Er hat nichts gegen Schwarze, sagt er.

Dass er mit ihnen, mit den Schwarzen, im Baucontainer sogar Bier getrunken habe, sagt er. Aber, sagt er, aber wer sich an unser Land nicht anpasst, der ist unangenehm, gehört hier nicht hin.

Vor mir steht ein Mann, der das Wort »Kanake« mit der gleichen Unschuld über die Lippen bringt, mit der er auch über »Zigeuner und Polacken« spricht. Viele meiner Mits Studenten und Freunde hätten sich deshalb vor Empörung mittlerweile selbst entzündet. Ich aber habe beschlossen, das Gespräch zum Mitbürger zu suchen. Ein Gespräch frei von blasierten Zurechtweisungen oder einer gesondert scharfen Sprache.

Wir tauschen uns aus über die DDR, Eichenholz, Kfz-Unfälle, Spielplätze und eben über Ausländer.

Wenn es um Politik geht, sprechen wir verschiedene Sprachen. Er spricht beispielsweise von »Kinderfickern«, ich nicht. Dabei wird mir klar, wie leicht ich die praktischen Gedanken dieses Mannes aus meiner allgemeinen Borniertheit heraus hinweggewischt hätte. Hören wir ihm zu.

»Wenn die Kanaken bis tief in die Nacht laut sind, weil das bei denen so normal ist, und wenn die Hausflure voll sind mit Kinderwägen, Dreck und Müll, dann will da doch keiner mehr leben.« Er hat erlebt, wie die einst heiß begehrten DDR-Plattensiedlungen seiner Kindheit zu heruntergekommenen Vierteln mit hohem Migrationsanteil wurden, in denen einige Menschen sich nicht mehr wohl fühlen. Die Frage, ob sich das Erzählte dann nun auf alle »Kanaken« verallgemeinern lässt, oder eben nicht, wird dabei akademisch. Seine Welt, die Welt, die er begreifen muss, endet an der Stadtgrenze und funktioniert

ohne moralische Maxime oder feine Theoreme. Er beschreibt Verhalten, beschreibt Szenen, die sich in seinem Alltag abspielen haben, und zieht daraus Schlüsse.

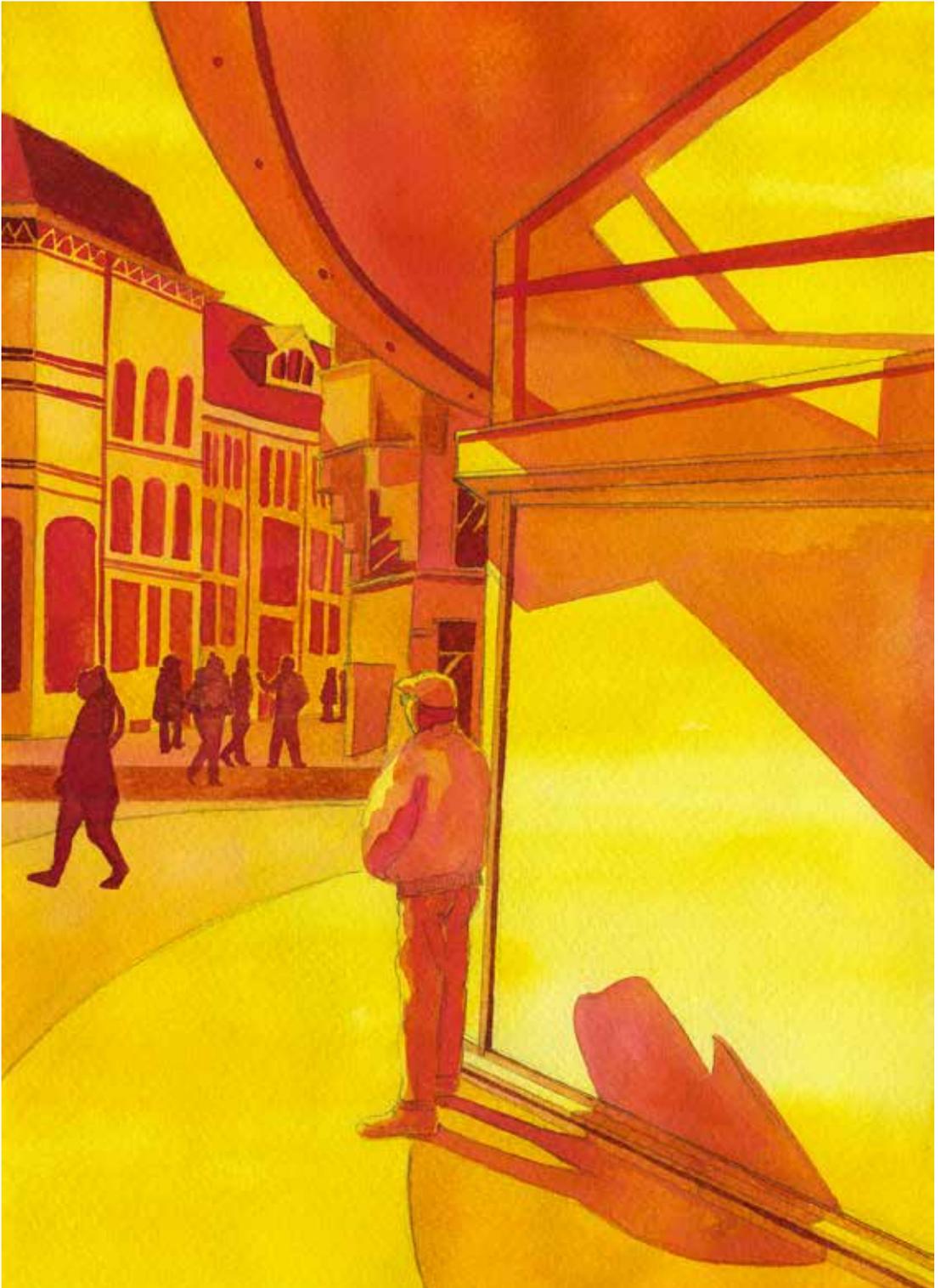
Mir leuchtet das ein, auch wenn er zu dem Ergebnis kommt, es sei eben schwierig mit Ausländern zu leben, weil die so ausländisch sind. Wenn er sagt: »Ich habe nichts gegen XY, aber«, öffnet sich in ihm ein Widerspruch, für den er nicht verspottet werden sollte. Er hat in seinem Leben vorrangig schlechte Erfahrungen mit Ausländern gemacht. Er hat mehr Probleme mit Farbigen gehabt, als schöne Momente mit ihnen geteilt, und doch erzählt die gesellschaftliche Intelligenz ihm, was völlig praxisfern ist: Urteile nicht über deinen Nächsten, habe keine Vorurteile. Wie soll er dem gerecht werden, ohne ein »aber«?

Es mag gut sein, über die Funktionsweise von Vorurteilen und Rassismus aufzuklären, es mag vielleicht sogar helfen zu zeigen, dass seine Wahrnehmung, sein Schließen vom Einzelfall aufs Allgemeine ihn täuscht, aber ist es praxisnah? Kann ein begründetes »Die Dinge sind nicht so, wie du sie siehst«, die Gefühle erwürgen, die sich regen, wenn die Türken im dritten Stock nachts halb zwei Rabatz machen? Für viele Beobachter schien es obskur, dass gerade in Sachsen, wo der Ausländeranteil so niedrig ist, wo so wenige Muslime leben, der Hass gegen beide Gruppen so stark aufflammte. Man erheiterte sich darüber, dass in Großbritannien gerade die Regionen für einen Brexit, für einen Migrationsstopp stimmten, die kaum Migranten haben. Dabei wird doch gerade so ein Schuh daraus. Wo der Austausch fehlt, wo im Alltag ein schlechter, nie aber ein angenehmer Eindruck entsteht, da liegt der Schluss doch nah, da muss er doch folgen, dass das Zusammenleben mit Ausländern schwierig ist.

Was hingegen in weiter Ferne liegt, ist der Entschluss, all jene, die Migranten kritisch gegenüber stehen, als verkommene Menschen abzustempeln und zu verurteilen. Vorurteile bilden sich eben auch unfreiwillig und ohne böse Absicht aus. Das liegt in der Natur der Sache. Wer gegen sie vorgehen möchte, tut gut daran, das nicht zu vergessen.

*Bedachte Grüße,
Ihr Sascha Kodytek*

Illustration: Katja Elena Karras



Nicht vergessen!

Was in den nächsten Wochen wichtig ist
und was sich sonst noch an unserer Pinnwand angesammelt hat.

Sternschnuppen gucken

Wer eine Sternschnuppe zu Gesicht bekommt, darf sich bekanntlich etwas wünschen – und je mehr Sternschnuppen, desto mehr Wünsche! Jedes Jahr Mitte August bescheren uns die Perseiden einen regelrechten Schwarm an Sternschnuppen. Das Stadtmuseum lädt auch dieses Jahr vom **7. bis zum 12. August** dazu ein, auf dem Plateau der Oberburg Giebichenstein dieses Spektakel zu beobachten und stellt sogar Experten bereit, um den wissenschaftlich interessierten Besucher mit Blick durchs Fernrohr über den Sternenhimmel aufzuklären. **Einlass ist ab 20 Uhr.** Eintritt kostet zwei Euro.

Jennifer Rostock in Halle

»genau in diesem ton« heißt das neue Album der in Berlin ansässigen Band Jennifer Rostock. Auf ihrer Open-Air-Tour machen sie auch einen Abstecher nach Halle – und zwar **am 12. August** auf die Freilichtbühne bei Peißnitz **um 19.00 Uhr**. Tickets kosten 39,55 Euro.

- www.halle365.de/veranstaltung/jennifer-rostock

Cultour im neuen Theater

Mit insgesamt **31 verschiedenen Veranstaltungen** füllt der CultourSommer die Spielzeitpause des Theaters in Halle – und zwar mit einem breitgefächerten Programmangebot für jede Altersgruppe. Das Eröffnungskonzert findet **am 13. Juli um 20.00 Uhr** statt, und **bis zum 26. August** dürfen sich Besucher auf Stücke, Konzerte, Kabarett und Krimi-Lesungen freuen, alles im Hof des neuen Theaters in der Großen Ulrichstraße. Die Eintrittspreise variieren je nach Veranstaltung, Studierende zahlen jedoch einen ermäßigten Preis.

- Spielplan und Tickets: <http://buehnen-halle.de/spielplan>

• Du bist Student und möchtest, dass Dein Projekt die nötige Aufmerksamkeit bekommt? Dann sende eine Mail an redaktion@hastuzeit.de und erkläre uns kurz und knackig Dein Projekt!

AK Zivilklausel

Über zivile Forschung und schleichende Militarisierung: Als Abschluss der Veranstaltungsreihe »Der Militarisierung widersprechen!« des AKs Zivilklausel findet am Mittwoch, den **12. Juli von 19.00–21.00 Uhr** der letzte Vortrag statt. Im Hörsaal XVIII des Melanchthonianums am Uniplatz referieren Maria Schwertl und Bernd Kasperek von der Uni Göttingen zum Thema »Militär, Technologie, Grenzregime. Aspekte der Militarisierung«.

- www.facebook.com/events/321014668333049



Interkulturelle Woche

Durch Begegnung Vorurteile abbauen – das soll **vom 24. bis 30. September** durch verschiedene Events innerhalb der Interkulturellen Woche in Halle unterstützt werden.

Das Eröffnungsfest auf dem Marktplatz am 25. September läutet ein vielfältiges Programm ein, welches von Gesprächsrunden, Kunst, Musik und Film über Lesungen und vielem mehr einiges zu bieten haben wird.

Filme unter freiem Himmel

Zum dritten Mal schon lädt das Stadtmuseum zu den Giebichensteiner Sommerfilmnächten ein. Im Kontext der Sonderausstellung »Wallfahrt nach Mekka. Eine Reise ins Zentrum des Islam« finden die Filmabende noch **bis zum 15. Juli** statt und zeigen alles von Blockbustern bis zu Klassikern, die wieder von den Fans selbst ausgewählt werden konnten. **Beginn ist ab 21.00 Uhr** mit einer Einführung zur Sonderausstellung, doch bereits um 20.00 Uhr hat der Besucher die Gelegenheit, sich mit der Geschichte der Oberburg vertraut zu machen. Nach Sonnenuntergang kann der begeisterte Cineast es sich dann mit Kissen und Decken auf der Oberburg gemütlich machen und den Kinoabend unter freiem Himmel genießen. Eintritt 5 Euro.

- www.stadtmuseum.halle.de

Halle im Zeichen der Regenbogenflagge

Unter dem Motto »(H)alle in Bewegung: Für Solidarität, Selbstbestimmung und Vielfalt« finden in Halle **vom 25. August bis 10. September** die CSD-Wochen statt. Außerdem erwartet Euch auf dem CSD-Straßenfest **am 2. September ab 14 Uhr** ein abwechslungsreiches Programm auf dem hallischen Marktplatz.

- Mehr Infos findet Ihr unter: www.csdhalle.de

Kaleidoskop Indien

Mit der Ausstellung »Reflections of India« zeigt das Kunstmuseum Moritzburg vom **24. Juli bis zum 15. Oktober** zeitgenössische Fotografien vielfältiger Ansichten Indiens und damit die Ästhetik und die Spiritualität eines Landes, in dem Religion noch immer eine wichtige Rolle spielt. Die Werke dreier verschiedener Fotografen, der gebürtigen Inderin Manjari Sharma aus New York sowie André Wagner und Manfred Paul aus Deutschland, ergeben eine komplexe Sammlung aus faszinierenden Eindrücken aus Indien. Begleitet wird die Ausstellung von weiteren Leihgaben, darunter Radierungen mit Ansichten indischer Heiligtümer aus dem 18. Jahrhundert sowie indischer Schmuck und Buddha-Figuren einer Privatsammlung, welche verdeutlichen, dass die Faszination Indiens seit Jahrhunderten für Künstler ungebrochen scheint.

- Weitere Infos auf www.stiftung-moritzburg.de

Move 'n' Culture Festival

Was wäre der Sommer ohne Festivals? **Vom 4. bis zum 9. September** lockt das Move 'n' Culture Festival mit Workshops, Breakdance und Urban Dance Battles, Graffiti und Konzerten an verschiedene Orte in Halle. Wer im September nach ereignisreichen Semesterferien nicht mehr viel im Geldbeutel hat, braucht sich nicht ärgern, denn den Eintrittspreis bestimmt Ihr selbst!

- Das Programm findet Ihr unter www.facebook.com/movenculturefestival/

Laterne, Laterne

Das letzte Wochenende im August solltet Ihr Euch freihalten, denn auch diesen Sommer findet vom **25. bis 27. August** das Laternenfest in Halle statt!

Den Höhepunkt stellen am Sonntag der Laternenumzug um 19.00 Uhr sowie das Feuerwerk um 22.00 Uhr dar. Bis dahin erwartet Euch ein buntes Programm aus Live-Musik, Sportveranstaltungen, Kunst und vielem mehr – non-stop auf der Peißnitz und entlang des Saaleufers. Eintritt frei.

- www.halle365.de/laternenfest

Salz- und Salinefest

Vom 22. bis zum 24. September dreht sich in Halle alles um das weiße Gold, zumindest auf dem Marktplatz beim alljährlichen Salz-, und dem parallel stattfindenden Salinefest am Halloren- und Salinemuseum. Neben Live-Musik und Schauspielen sollen die Veranstaltungen vor allem an die hallische Tradition als Salzstadt erinnern.

Klassik-Picknick

Ihr habt Lust zu picknicken und wollt dabei nicht auf die passende musikalische Untermalung verzichten? Wie wäre es mit Musik aus bekannten Musicals wie Cats, Evita und dem Phantom der Oper beim 9. Klassik-Picknick 2017 am **20. August** auf der Peißnitzbühne? **Einlass ab 14.30 Uhr**, Tickets für Studierende kosten 14 Euro.

Burg-Jahresausstellung

Aus Seminarräumen und Ateliers werden Ausstellungsräume – mit dem Ende des Sommersemesters öffnet die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle wieder Tür und Tor und lädt zu ihrer diesjährigen Jahresausstellung. Vom **15. bis 16. Juli** können die Arbeitsergebnisse der Studierenden aus den letzten zwei Semestern bestaunt werden. Darunter finden sich neben Malerei und Plastik auch andere gestalterische Arbeiten wie zum Beispiel Installationen, Fotografie und Design.

Eröffnet wird die Jahresausstellung bereits am Abend des 14. Julis mit der Vergabe des Kunstpreises der Stiftung der Sparkasse sowie der Werkchau der Mode-Studierenden »Tracht versus Mode«.

- www.burg-halle.de/hochschule/hochschulkultur/jahresausstellung

Jobmesse

Ob Weiterbildung oder Neuorientierung, auf der Jobmesse Halle **am 20. September ab 10.00 Uhr** in der Georg-Friedrich-Händel-Halle könnt ihr Euch mit Vertretern von Unternehmen, Bildungseinrichtungen und verschiedenen Institutionen über Karrieremöglichkeiten unterhalten und einen umfassenden Einblick über den regionalen Arbeitsmarkt erhalten. Eintritt frei.

- www.jobmesse-halle.de

Des Rätsels Lösung

In unserer letzten Ausgabe hatten wir nach folgenden Begriffen gesucht. 1. Taj Mahal, 2. Konstantin, 3. Brain, 4. Poseidon, 5. Vatikan, 6. Amish, 7. Jericho, 8. Drude, 9. Isis, 10. Opium, 11. Konfuzius und 12. Pastafari. Das Lösungswort lautet: Monotheismus.

Sommermärchen

Es wird märchenhaft in der *hastuzeit*. Taucht ab in eine Welt der Phantasie aus tausendundeiner Nacht, heldenhaften Prinzen, bösen Stiefmüttern und anderen Legenden. Vielleicht wisst ihr ja noch das ein oder andere aus Kinderzeiten. Umlaute werden im Rätsel als AE, OE, UE eingetragen.

1. Zunächst halfen ihm ein paar Kieselsteine, später rettet ein Knochen sein Leben. Welche Märchenfigur ist gesucht?
2. Der Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Igel wurde 1840 erstmals schriftlich erwähnt. In welcher deutschen Stadt spielte der Wettbewerb?
3. Kay und Gerda sind befreundete Nachbarskinder und spielen gerne miteinander. Durch einen Splitter im Auge verwandelt sich Kay zu einem garstigen Menschen und wird im weiteren Verlauf entführt. Welche böse Person verschleppte ihn?
4. Die Hauptfigur wird niemals erwachsen und ist Anführer der »verlorenen Jungs«. Wo lebt die Person?
5. Eine nackte Märchenfigur schmückt den Hafen von Kopenhagen. Welcher Schriftsteller hat sie erfunden? (Gesucht ist der Nachname)
6. Tief im finsternen Unterwaldt leben Brumm-boss, Sunny, Cloudy, Tschakko, Cookie, Bubi und Speedy. Wer verfasste die Märchenparodie, die 2004 in die deutschen Kinos kam? (Gesucht ist der Vorname)
7. Der dritte Anschlag mit einem vergifteten Apfel gelingt beinahe. Womit plante die böse Königin den zweiten Mordversuch gegen ihre vermeintliche Rivalin?
8. Mit dem Spruch »Sesam, öffne dich« wurde ihm die Schatzkammer offenbart. (Zwei Wörter ohne Leerzeichen)
9. Der eine bekommt einen speziellen Tisch, der zweite einen wunderbaren Esel und der dritte einen Knüppel. Welches hinterlistige Tier war schuld, dass die drei Brüder vorher vertrieben wurden?
10. Jacob und Wilhelm waren eigentlich Sprachwissenschaftler und Volkskundler, doch haben sie die Märchenlandschaft in Deutschland geprägt wie niemand anderes. Wie hießen sie mit Nachnamen?

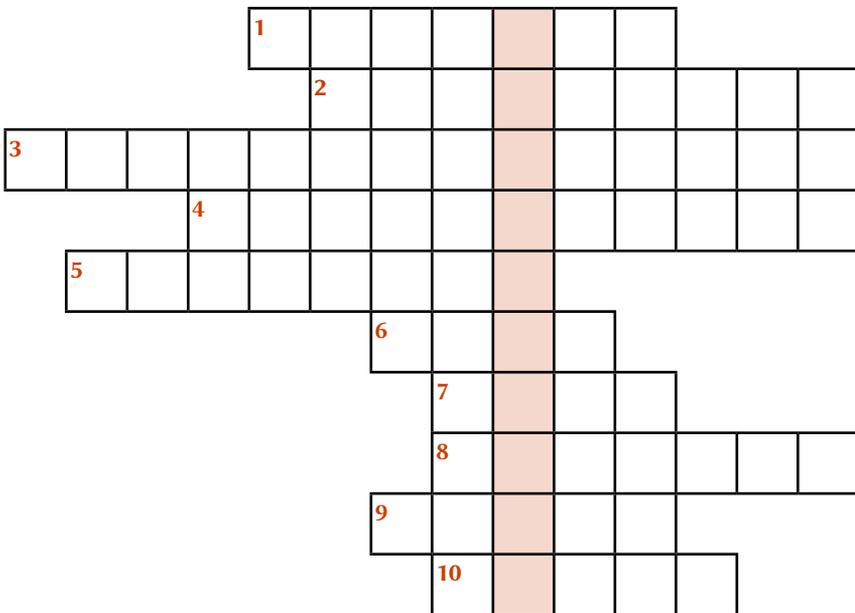


Illustration: Eva Feuchter (Archiv)

